

# Antifaz

*Antifaschistische Zeitung*

WUNSIEDEL - BAYREUTH

AUSCHWITZ -  
MÖRDER

TERROR  
GEGEN  
KURDEN



HEFT 31 SEPT / OKT 6. JAHRGANG

DM 2,00

## In diesem Heft:

Einleitung	S. 3
Jetzt Bayreuth Wallfahrtsort der Faschisten ?	S. 4
Die kurdische Frage	S. 7
Kurdistan und die Kurden	S. 10
"Das nächste Mal bringen wir Euch alle um!"	S. 13
Terror gegen den kurdischen Befreiungskampf	S. 15
Antifa-Info	S. 16
Studentisches Verbindungs(un)wesen	S. 18
Anklage: Mord - Duisburger Auschwitz-Prozeß	S. 23
Impressum	S. 24
(M)ein Sonntag im KZ Westerbrock	S. 28
Hooligans in Linz	S. 31

## Verkaufsstellen:

## Dortmund

- Geschichtswerkstatt
- Atom-Stop-Büro
- Checoolala
- Cafe Samowar
- Taranta Babu Buchladen
- Litfaß-Buchladen
- Erpel

## Herne

- Sonne
- Kornmühle
- Informationszentrum 3. Welt

## Recklinghausen

- Attatroll-Buchladen
- Sonnenblume-Naturkostladen
- Drübelken
- Grünes Büro

## Bochum

- "Notstand" im Uni-Antiquariat

## ANZEIGE

## Straßencafé



Tel. 0231/104916 · So.-Fr. 10-22 Uhr · Neuer Graben 101 (Kreuzviertel) · 4800 Dortmund 1

## Münster

- Cafe Malik
- Cafe Prütt
- Frauenstr. 24
- Litfaß

## Marl

- Bücherladen

## Herten

- Büchereule

## Duisburg

- Buchhandlung "Weltbühne"

## Marburg

- Buchladen "Roter Stern"

## Gladbeck

- Annes Naturkostladen

# EINLEITUNG

Als wir Euch in der vergangenen Ausgabe der **AntifaZ** mit herzlichen "Sommer"grüßen belegten, hatten wir dabei wohl so etwas wie "Sommerloch" im Kopf. Mit welcher Vehemenz sich die Weltgeschichte diesmal aber kein Sommer"theater" leistete, sahen wir nicht voraus - es sei denn, jemand käme auf die Idee, die Vorgänge in der Sowjetunion als die Wiederholung einer Theaterinszenierung anzusehen, wie sie in dem Theaterstück "Moskauer Gold" vorweggenommen worden war. Angesichts der möglichen Folgen einer (sofortigen) Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Interessen in der (inzwischen wohl ehemaligen) **Sowjetunion** vergeht einem aber jeder Scherz.

Wie gesagt, wir waren nicht (wie möglicherweise der weise Herr Biermann) in der Lage, diese sich überstürzenden Ereignisse vorausszusehen - sehen uns auch noch nicht ansatzweise in der Lage, sie mehr als oberflächlich zu kommentieren, daher lassen wir dies auch (vorerst).

Stattdessen ist in dieser AntifaZ-Ausgabe der eindeutige **Schwerpunkt** der **Befreiungskampf des kurdischen Volkes** - auch in den kommenden Ausgaben werden wir hierzu weiter berichten. Klaus Dillmann hat uns eine ganze Serie über Kurdistan und die KurdInnen zur Verfügung gestellt. In dieser Ausgabe beginnt die Reihe mit einer ausführlichen Darstellung der **Geschichte des kurdischen Volkes**.

Es mag manche/n geben, die/der nicht einsichtig findet, daß wir uns als AntifaschistInnen mit den KurdInnen beschäftigen, und das so ausführlich. Das liegt an unserem Selbstverständnis: Antifaschismus bedeutet für uns von seiner Grundlage her immer auch Solidarität mit dem Befreiungskampf unterdrückter Völker. Aber das dürften unsere LeserInnen inzwischen ja eh bemerkt haben.

Weiter berichten wir über den diesjährigen Höhepunkt faschistischer "Helden"verehrung, die nicht in **Wunsiedel**, sondern in **Bayreuth** durchgeführten Faschistenaufmärsche sowie die Gegenaktionen.

Außerdem ein Exklusivbericht von **Manfred Tietz** aus Duisburg über den dortigen **"Auschwitz"-Prozeß** (dagegen nicht über den Schwamberger-Prozeß), eine historische Darstellung des studentischen Verbindungswesens, dies auf dem Hintergrund der Vorbereitungen zur **175-Jahr-Feier des Wartburgfestes** im kommenden Jahr.

Aus Platzgründen schaffen wir es noch nicht, den Teil II zur FAP zu drucken, er kommt in der folgenden Ausgabe. Auch erst in der nächsten Ausgabe eine Darstellung der Vorbereitungen zu einem **bundesweiten Antifa-Treffen**.

Noch ein Wort zum Schluß in eigener Sache: In dieser und in den kommenden Ausgaben experimentieren wir ein wenig mit dem Umbruch unserer Zeitschrift, mit Papiersorten und Format - alles mit dem Ziel, möglichst viel Infos so kostengünstig wie möglich herzustellen und dabei dennoch interessant und lesenswert zu bleiben - habt also ein wenig Geduld mit uns.

Für heute alles Gute, laßt Euch nicht unterkriegen,

Eure

**AntifaZ-Redaktion**

## JETZT BAYREUTH

### WALLFAHRTSORT DER FASCHISTEN ?

Nachdem auch der bayrische Verwaltungsgerichtshof am 12.8.91 das Verbot der Heß-Kundgebung des Landratsamtes Wunsiedel vom 20.6.91 bestätigt hatte, sprach das Landratsamt Wunsiedel ein allgemeines Versammlungsverbot für den Großraum Wunsiedel vom 16.8.91 bis zum 18.8.91 aus, das von allen Gerichtsinstanzen bestätigt wurde. Dies kam einem Ausnahmezustand nahe, worauf auch hindeutete, daß sämtliche Hinweisschilder nach Wunsiedel mit schwarz-roten Streifen über- oder beklebt waren. Wunsiedel war faktisch von der Landkarte entfernt.

Das allgemeine Versammlungsverbot ist als ein Angriff auf AntifaschistInnen zu verstehen, da zuvor gezielt der Eindruck erweckt wurde, daß nur der Aufmarsch der Faschisten verboten werden soll. Die Begründung ist haarsträubend, so ist z.B. die Rede davon, daß 1990 auf beiden Seiten Schußwaffen sichergestellt worden seien. Die aufgefundene scharfe Schußwaffe war aber von den Faschisten mitgeführt worden.

Der bürgerliche Staat ist seit Jahrzehnten den Forderungen nach Verbot und Auflösung aller faschistischen Organisationen nicht nachgekommen. Jetzt dürfen AntifaschistInnen nicht demonstrieren und ihre Inhalte öffentlich vertreten, weil es unberechenbare Faktoren gäbe. So sei nicht abzuschätzen, "wann und wo sich Rechtsextremisten in Wunsiedel aufhalten werden." Selbst das antifaschistische Kulturfest wurde vom allgemeinen Versammlungsverbot erfaßt. Die bayrische Vorbereitungsgruppe schrieb dazu in einer Pressemitteilung:

"Aufgrund behördlicher Unfähigkeit, das Verbot des Faschistenaufmarsches durchzusetzen und der befürchteten Angriffe auf die antifaschistische Gegendemonstration und das Kulturfest wird also eher in Kauf genommen, daß AntifaschistInnen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung genommen wird, als mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die erwarteten Faschisten durchzugreifen."

Auch die Einschaltung einer Rechtsanwältin, die noch einmal das Anliegen der Veranstalter zusammenfaßte, konnte nicht die Aufhebung des Verbotes durchsetzen: "Das Anliegen der angemeldeten Demonstration ist es, unter dem Motto **"Gegen Nationalismus, Rassismus und Sexismus"** gegen die seit Jahren anwachsende faschistische Gefahr, die sich nicht nur durch die jährlich steigende Zahl der Teilnehmer am sog. "Ru-

dolf-Heß-Gedächtnismarsch", sondern durch tägliche Übergriffe auf Migranten und Migrantinnen, Homosexuelle, Frauen, Linke, Andersdenkende, ethnische Minderheiten u.a. dokumentiert, öffentlich anzugehen. Diese Thematik ist insbes. in Hinblick auf die deutsche Geschichte, ein öffentlicher Belang von besonderer Bedeutung. Eine Demonstration mit dieser Thematik fällt unter den besonderen Grundrechtsschutz gem Art. 5 Abs. 1 GG. Eine dahingehende Grundrechtsabwägung fehlt in der angefochtenen Allgemeinverfügung vollständig. Auch aus diesem Grund ist sie rechtswidrig."

#### **Bauen die Faschisten jetzt Bayreuth zu ihrem Kultort auf ?**

Nach diesem Wochenende hat die Bayreuther Bevölkerung Grund zu der Sorge, daß die Stadt zu einem neuen Kultort der Neo-Nazis wird. Die Faschisten konnten ihre Rudolf-Heß-Gedenkfeier von Wunsiedel nach Bayreuth umdirigieren und fühlten sich vor dem Hintergrund der Wagner-Festspiele und der Freundschaft des Hauses Wagner mit dem Nationalsozialismus und Hitler persönlich wohl. Die Anmeldung und Leitung der Versammlung oblag dem bekannten faschistischen Hamburger Rechtsanwalt **Jürgen Rieger**. Er bestritt auch im Alleingang die Kundgebung der Faschisten. Auf das äußere Gepräge hatten die **Nationale Liste(NL)** und die **FAP** großen Einfluß. Es kamen aber auch Mitglieder z.B. der **NPD**, womit fast die gesamte Bandbreite des faschistischen Spektrums vertreten war.

Die politische Richtung des Ereignisses, an dem sich wohl fast 2000, ganz überwiegend junge Männer, beteiligten, drückte sich in den wenigen Hauptlosungen aus. Es waren drei Schwerpunkte.

Erstens Losungen wie: "Rudolf Heß, Märtyrer für Deutschland Rudolf Heß, Märtyrer für den Frieden" kennzeichnen den Versuch, bei

der Sammlung einer faschistischen Bewegung Blößen zu bedecken. Da Heß bereits 1941 nach England floh, ist seine Heroisierung einfacher als die der anderen NS-Größen. Der Heß-Kult ist als **Einsteiger-Kult** geeignet. Auf einen Kult deuten auch Wunsiedel-T-Shirts und ausgestellte Teilnahmebestätigungen hin. Dem Einstieg dient auch die Verknüpfung der Politik von Heß mit dem Friedensziel. Freilich ist eine besondere Art von Frieden gemeint, denn Heß war es ja darum gegangen, Großbritannien zum Mitangriff auf die Sowjetunion zu bewegen (...).

Zweitens gab es Losungen wie: "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus" und: "Husch, Husch, Neger in den Busch!" Die gegen AusländerInnen gerichteten Parolen wurden mit Leidenschaft gerufen. Sie werden als Kampflösungen verstanden. Die Vertreibung der AusländerInnen wird als aktuelles politisches Ziel begriffen. (...)

Drittens gab es Parolen wie: "Linke Sau! Rotfront verrecke! Wir kriegen Euch alle!". Die Bereitschaft großer Gruppen, auf irgendwie Andersdenkende loszugehen, war echt und unverfälscht. Dies zeigten auch die Angriffe im Zuge der Abreise auf Raststätten oder sogar durch Abstoppen auf freier Straße. (...)

Der große Nazihaufen, der in Bayreuth zu-

sammengekommen ist, stellt ein Angebot an die offizielle Politik dar. Es ist eine Freischar, die sich fürs Grobe anbietet. Wie alle Freischaren wird sie durch Versprechen auf Löhnung zusammengehalten. So konnte man sich z.B. gestempelte Teilnahmebescheinigungen (für später einmal) kaufen. Einheitlich ist der Haufen nicht. In Bayreuth stand eine Zwei-Klassen-Gesellschaft auf dem Platz, schon äußerlich erkennbar der sorgfältig gestylte Führungskreis, in dem es auch Frauen gibt, und die kaum dem Lausbubenalter entwachsenen Männer, die es als Durchführungsgehilfen der offiziellen Politik zu Ruhm, Ehre und Einkommen bringen wollen. Wenigstens machten die Faschisten keinen guten Eindruck auf die Bevölkerung, die sich eher für die Flugblätter der AntifaschistInnen interessierte. In Wirtschaften schafften sie sich außerdem unter den Wirten keine Freunde, da es bei einigen, wohl hauptsächlich bei solchen, die von Ausländern geführt wurden, zu Sachbeschädigungen kam.

Da das Demo-Verbot des bayrischen Verwaltungsgerichts für Wunsiedel und der neue Aufmarschort der Faschisten, Bayreuth, erst unmittelbar "vor Abreise" bekannt wurden, mußten die vorbereiteten Antifa-Aktivitäten relativ schnell umorganisiert werden.



Neonazis in Bayreuth anlässlich des 4. Todestages des Hitler-Stellvertreters Heß

Foto: Sergej Glanze/Ghost

### **Auch die AntifaschistInnen demonstrierten in Bayreuth**

Es kam aber trotz der o.g. Schwierigkeiten zu einer starken und geschlossenen Gegendemonstration von fast 3000 AntifaschistInnen aus der ganzen BRD. Der angegebene Sammelpunkt (Parkplatz am Sportzentrum) konnte schnell gefunden werden und füllte sich rasch mit Autos und Bussen vor allem aus Ländern der ehemaligen DDR. AntifaschistInnen aus Leipzig, Dresden, Plauen, Erfurt u.a. Städten standen zu Anfang ratlos herum, da die Organisatoren (Bayrisches Antifa-Plenum) mit Lautsprecherwagen und die meisten TeilnehmerInnen aus Westdeutschland mit 1 1/2-stündiger Verspätung eintrafen. Die Ursache dafür war, daß viele Busse und Fahrzeuge der Teilnehmer von der Polizei abgefangen und durchsucht wurden.

Nach der Begrüßung und einem Redebeitrag wurde die Demo-Route bekanntgegeben. Klar war von Anfang an, daß die Demonstration sich an die Bevölkerung richte, ohne Gewalt, der Zusammenstoß mit den Faschos nicht gesucht werde. Nach kurzer Strecke gab es eine längere Zwischenkundgebung, die großes Interesse bei den am Straßenrand aufmerksam zuhörenden Menschen fand. Die Polizei wollte jetzt schon die Demo beenden, die Organisatoren mußten um die Fortführung verhandeln. Nach weiteren 15 Minuten, den Bahnhof, Treffpunkt der Faschisten, in Sichtweite, erreichte man den Platz für die Abschlußkundgebung. Wiederum wurde festgestellt (auch im Städteplenum), daß eine tätliche Auseinandersetzung mit den Faschisten nicht gesucht werde. Obwohl die Polizei hier die Demonstration erneut auflösen wollte, wurde ein organisierter Rückmarsch zum Parkplatz durchgesetzt.

Da einige Gruppen erst um 20.00 Uhr abfahren konnten, wurde beschlossen, zwei Stunden zu warten, bis die Abreise aller gesichert sei, etwa 1000 TeilnehmerInnen warteten auf die fehlenden Busse. Die Polizei kam zu einem massiven Schlagstockeinsatz, nachdem - vermutlich Provokateure - die Polizei mit Bierflaschen bewarfen. Bereits während der Demo gab es eine Reihe von Verletzten und Festgenommenen, insgesamt sollen mindestens 30 AntifaschistInnen festgenommen worden sein. Als mit dem Eintreffen von Faschisten gerechnet wurde, da der Parkplatz auch deren Sammelpunkt sei, trafen die fehlenden Busse ein.

### **Auseinandersetzungen auf der Rückfahrt**

Später wurden an mehreren Autobahnraststätten, vor allem an der Raststätte **Steigerwald**, AntifaschistInnen von Faschisten angegriffen. An der Raststätte Steigerwald waren die Insassen von insgesamt zehn Bussen an einer, wie die Presse berichtete, "regelrechten Schlacht", beteiligt. Immerhin meldeten selbst die bürgerliche Presse und alle Nachrichtenagenturen, daß der Angriff von den Faschisten ausging. Die Polizei sperrte wegen der Auseinandersetzung zeitweise die Autobahn München-Frankfurt. Die Zahl der Verletzten ist nicht bekannt, zwei Festnahmen soll es gegeben haben.

(aus: Antifaschistische Nachrichten, Nr. 18, vom 30.8.1991)

**In einer Zeit, in der selbst  
das dickste Brett vorm  
Kopf als metaphysische  
Schwingung scheint ...**



antifaschistischer  
**KALENDER 1992**

**366 TAGE für 9,50 DM**

Bestelladresse: UNRAST-Verlag, Querstr. 2, 4400 Münster  
Ab August '91 in vielen linken Info- und Buchläden

## DIE KURDISCHE FRAGE

Wir leben in einer schnellebigen Zeit. Zu Beginn dieses Jahres wurden wir noch im Rahmen unserer propagandistischen Einbeziehung in die Strategie des Golfkrieges der USA und ihrer Alliierten gegen den Irak zu Voyeuren des "chirurgischen Krieges" am Fernsehschirm gemacht. Bis heute wird uns vorenthalten, wie groß der Leichenberg dieses Krieges war. Waren es 200.000, 300.000 oder gar 500.000 Iraker, Palästinenser und Kurden, die für die "Befreiung von Kuwait" ihr Leben lassen mußten? Wir wissen es nicht. Und die Tatsache, daß im Irak weiterhin der zum Satan schlechthin hochstilisierte Saddam am Ruder ist, ist geeignet, die Weltöffentlichkeit weiterhin darüber im Unklaren zu belassen, denn auch dieser "Verlierer" hat ja ein Interesse daran, seinem eigenen Volk die Höhe der Verluste zu verschleiern. Wissen tun wir allerdings, wie hart das "befreite" Kuwait von den brennenden Ölquellen betroffen ist...

Der Golfkrieg mündete in einen von Präsident Bush ermutigten Aufstand einerseits der Schiiten, andererseits der Kurden gegen Saddam Hussein. Und dieser schlug in gewohnter Manier zurück, mit den Waffen, die ihm (zu diesem Zweck?) belassen worden waren. Das Schicksal der schiitischen Iraker hat hierzulande die Gemüter nicht so stark erregt (sie galten eh als Agenten der zuvor jahrelang in den Medien als Schreckgespenst aufgebauten Islamischen Republik Iran, die allerdings in jüngster Zeit als Handelspartner der Deutschen wieder interessant geworden ist); anders dagegen die Kurden: Hier regte sich auch ein Stück schlechten Gewissens. Schließlich war es Giftgas aus deutscher Produktion, das im Krieg des Irak gegen den Iran gegen sie eingesetzt worden war. Und sie sind auch nicht die "islamischen Fundamentalisten", sondern kämpfen um die ihnen vorenthaltene Anerkennung als Nation. Dafür hat man in Deutschland Verständnis. Und aus seiner Karl-May-Lektüre weiß der "gute Deutsche", was für ein tapferes Volk die Kurden sind. Ja, dieser literarische Zugang hat es sogar vermocht, die nach Deutschland gekommenen Kurden als solche gar nicht wahrzunehmen, kamen sie doch als anatolische Bauernsöhne (und später -töchter) mit einem türkischen Paß ins Land, um hier als Gastarbeiter "ganz unten" ihren Lebensunterhalt zu fristen, der ihnen im eigenen

Land vorenthalten blieb. Und so wenig wie ihnen ihre eigene Sprache in ihrer Heimat erlaubt war, so wenig war und ist auch hierzulande die kurdische Sprache anerkannt. Es gibt bis heute nicht einmal ein kurdisch-deutsches Wörterbuch im Handel.

Und während türkische Kinder immerhin muttersprachlichen Unterricht erhalten können, sind die kurdischen Kinder auch hier "die Dummen", die folglich auch dumm bleiben.

Nun, der **Völkermord an den Kurden im Irak** in diesem Frühjahr ist zwar wieder aus den Schlagzeilen verschwunden (vielleicht war er nur hineingekommen, um die Frage nach den von den USA im Irak angerichteten Schäden in den Hintergrund zu drängen), die **kurdische Frage** ist aber alles andere als gelöst. Und es ist auch nicht abzusehen, wie sie bei den derzeit herrschenden Machtverhältnissen gelöst werden wird: Bleiben die in den von den imperialistischen Großmächten Großbritannien, Frankreich und USA seit Ende des Ersten Weltkriegs festgelegten Grenzen errichteten "Nationalstaaten" bestehen, so läuft das tendenziell auf die Vernichtung des kurdischen Volkes hinaus; gelingt es diesem, einen eigenen Nationalstaat zu errichten, so bräuchte das das von imperialistischen Interessen diktierte "Gleichgewicht" im Mittleren Osten durcheinander. Dieses "Gleichgewicht" (von den USA zur Rechtfertigung ihres militäri-

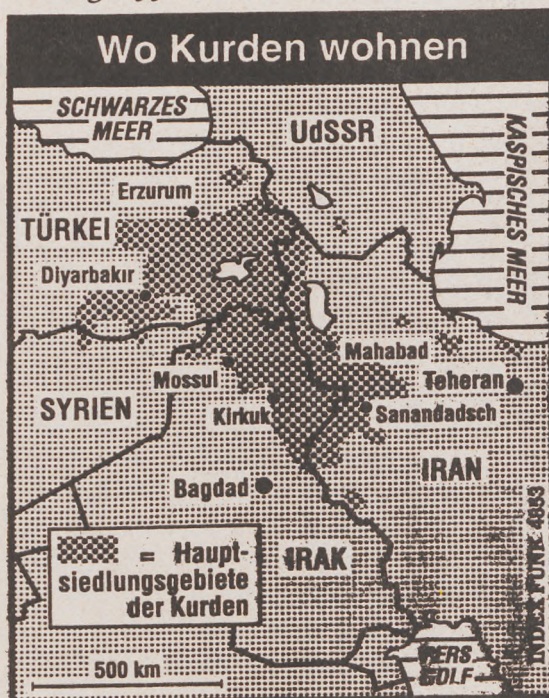
schen Eingreifens zur Stabilisierung der Ölpreise im Interesse der "Industriationen" auch als "neue Weltordnung" bezeichnet) bedarf offenbar der Aufrechterhaltung des faschistischen Baathregimes im Irak ebenso wie der Aufrechterhaltung des im Prinzip nicht minder faschistischen kemalistischen Staates Türkei, um nur die wichtigsten "Partner" der "freien Welt" zu benennen. Das birgt den Keim zu neuen kriegerischen Verwicklungen in sich. Die kurdische Frage bedarf daher einer eingehenden Behandlung.

### Allgemeine Daten

Das über 20 Millionen Menschen zählende kurdische Volk wohnt in einem geschlossenen Siedlungsgebiet, das durch die Grenzen der 5 Staaten Türkei, Iran, Irak, Syrien und Sowjetunion zerrissen ist. Mit Ausnahme der Sowjetunion, in der die kurdische Kultur gefördert worden ist, wird in all diesen Staaten versucht, der Bevölkerung die Sprache, Schrift und Kultur der jeweiligen ethnischen Mehrheit aufzuzwingen. Die Folge davon ist, daß auch die Verständigungsmöglichkeiten der Kurden aus den verschiedenen Staaten beeinträchtigt ist. In der **Türkei** (mit laut Fischer Weltalmanach über 8,7 Millionen Kurden anteilmäßig am stärksten beteiligt) ist die Staatssprache das Türkische, die Schrift ist lateinisch. Als kurdischsprachig weist der Fischer Weltalmanach (1991) 3 Millionen türkische Staatsbürger aus. Gesamtbevölkerung: 55 Millionen. (Es sei ange-

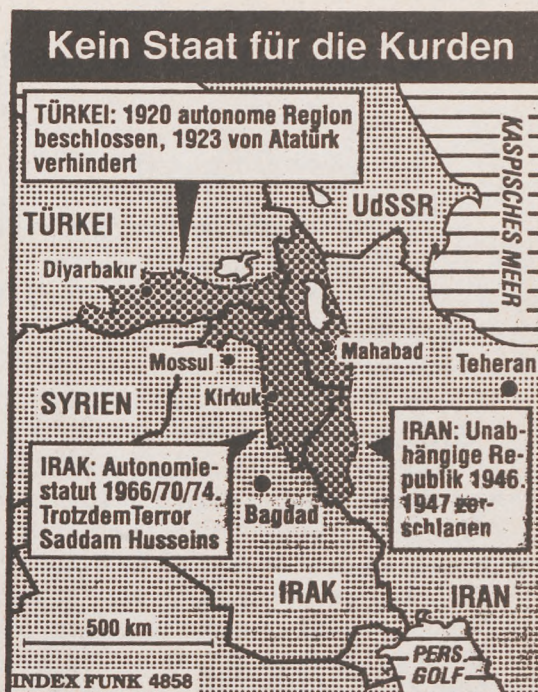
merkt, daß die tatsächliche Zahl hier wie auch bei den folgenden Ausweisungen durch den Fischer Weltalmanach erheblich höher liegen dürfte. Bei **Türkei-Kurdistan** wird z.B. der tatsächliche Anteil auf rund 12 Millionen geschätzt.)

In **Syrien** und im **Irak** ist die Staatssprache das Arabische, die Schrift ist arabisch. Für Syrien werden laut Fischer Weltalmanach von den 12 Millionen Einwohnern mehr als 6 % als Kurden bezeichnet (das wären rund 720.000 Menschen), von denen die Hälfte als kurdischsprachig angegeben sind. für den Irak werden bei einer Einwohnerzahl von 16,5 Millionen 19 % als kurdisch bezeichnet (das wären rund 3 Millionen Menschen), 15,5 % der Bevölkerung werden als kurdischsprachig angegeben. Im **Iran** ist die Staatssprache für etwa 45 % der Bevölkerung das Persische (Farsi), daneben existieren verschiedene iranische Dialekte, auch das Kurdische ist regional zugelassen (wie groß der Anteil der Kurdischsprachigen ist, geht aus dem Fischer Weltalmanach nicht hervor); die Schrift ist arabisch. Von rund 46 Millionen Iranern werden 8 % als Kurden bezeichnet (das wären 3,6 Millionen Menschen). In der **Sowjetunion** (in der rund 300.000 Kurden leben), ist die Staatssprache das Russische, de jure sind die Regionalsprachen jedoch gleichberechtigt, die Schrift ist kyrillisch. Teilweise findet man kurdische Texte aber auch in georgisch-armenischer Schrift vor. Kurdische Enklaven gibt es darüber hinaus auch im **Libanon** (rund 100.000 Menschen), in **Jordanien** (wo sie 0,1 % der Bevölkerung, also etwa 3.000 Menschen, ausmachen) und in **Israel** (rund 60.000 Kurden, deren Vorfahren überwiegend bereits seit 1812 in Palästina ansässig geworden waren, während kleinere Gruppen nach 1949 ins Land kamen); Staatssprachen sind in Israel das Neu-Häbräische (Iwrit) und das Arabische; die Schrift ist hebräisch bzw. arabisch. Die kurdischen Juden sprechen zum großen Teil noch kurdisch und haben einen eigenen Vertreter in der Knesseth. Diejenigen, die nach 1949 ins Land kamen, stammen überwiegend aus dem Irak, wo sie seit Jahrhunderten als Bauern mit jüdischer Religion gelebt hatten, denen nach 1948 (Verhängung des Kriegsrechts über das damals noch von den Briten abhängige Königreich





Irak) der Boden dort zu unsicher geworden war. (Für den heutigen Irak sind noch etwa 2.500 Personen mit jüdischer Religion ausgewiesen.) Der Fischer Weltalmanach 1990 erwähnt übrigens für den Libanon, dessen Bevölkerung mit 2,7 Millionen beziffert wird, neben Arabisch und Armenisch auch das Kurdische (für 2,4 %) als Staatssprache, was allerdings nicht sonderlich viel besagt, da man von einem libanesischen Staat im Grunde kaum noch reden kann. Laut "Kurdistan und die Kurden" (Band 3) wohnen die im Libanon lebenden etwa 100.000 Kurden besonders in West-Beirut in Elendsvierteln (Stadtteile Sokak el-Bland und Basta im Zentrum, al-Hidr im Karantina-Hafenviertel, Kantara, das frühere Palästinenserlager Tel al-Za'atar, die von dem Bürgerkrieg besonders stark zerstört sind). Sie stammen überwiegend aus der türkischen Provinz Mardin, die 1925 von der Armee Atatürks überfallen worden war, und haben bis heute nur einen Duldungsstatus im Libanon in Form der sogenannten qaid d'ars, eines "Identitätspapiers auf Überprüfung", das sie dem libanesischen Innenminister Kamal Djumblad (Anführer der Drusen und Vorsitzender der Progressiven Sozialistischen Partei; Angehöriger einer alteingesessenen kurdischen Großgrundbesitzerfamilie) Anfang der 70er Jahre verdanken. In **Afghanistan** leben laut Khalil etwa 20.000 Horosan-Kurden, eine Angabe, für die der Fischer Weltalmanach jedoch nichts ausweist.



#### Literatur zur Kurdenfrage:

Ismail **Besikci**, Die türkische Geschichtstheorie und die Kurdenfrage, Kiel 1990, Komal Verlag  
 Gerard **Chaliand**(Hersg.), Kurdistan und die Kurden, Band 1, Göttingen 1984, Reihe pogrom 105/106  
 Klemens **Ludwig**, Bedrohte Völker, München 1990, Verlag C.H. Beck  
 Bahman **Nirumand**(Hersg.), Die kurdische Tragödie, Reinbeck 1991, rororo aktuell 13075  
 Jürgen **Roth**, Aufstand im wilden Kurdistan, Baden-Baden 1977, Signal Verlag

## ANZEIGE

**BUCHLADEN**  
**TARANTA-BABU**  
 Humboldtstraße 44 · 4600 Dortmund 1  
 Telefon (02 31) 14 16 89

## KURDISTAN UND DIE KURDEN

Mit dem folgenden Beitrag von Klaus Dillmann wollen wir eine längere Serie von Artikeln über Kurdistan und den Kampf des kurdischen Volkes beginnen. Wir sind der Meinung, daß das kurdische Volk in der augenblicklichen Situation jede Unterstützung bekommen sollte, die möglich ist. Diese Serie soll ein kleiner Beitrag dazu sein, auch wenn sie, wie Klaus richtig schreibt, den normalen Rahmen der AntifaZ sprengt.

Die **Geschichte des kurdischen Volkes** ist alt, sie läßt sich zurückverfolgen bis ins 2. vorchristliche Jahrtausend, aus welcher Zeit ein sumerischer Grenzstein existiert, auf dem die Region **Kardaka** (Siedlungsgebiet der Kurden) vermerkt ist. Um das Jahr 1000 v.u.Z. siedelten die Meder (von denen die Kurden abstammen sollen) auf dem Gebiet der heutigen nordwestiranischen Provinz Hamadan. Die Meder errichteten um 708 v.u.Z. ein Großreich, zu dem auch das spätere Kurdistan gehörte. Sie wurden 550 unter Kurušch (gr. kyros) dem Persischen Reich der Achämeniden unterworfen. Der gr. Schriftsteller Xenophon berichtet von dem Bergvolk der **Karduchen**, die im Zagrosgebirge 401 ein griechisches Heer in die Flucht schlugen. 330 gehörte Kurdistan kurzzeitig zum Reich Alexanders des Großen und kam dann unter die Herrschaft des syrischen Seleukidenreiches. Um 250 errichteten die parthischen Arsakiden von Horasan (Nordostiran) aus ihr nach griechischem Muster verwaltetes, sich vom Euphrat bis zum Indus erstreckendes Reich, mit dem sie die **"Seidenstraße"** (Handelsweg vom Mittelmeer nach China) beherrschten, was zum Konflikt mit den Römern führte, da deren Handel mit China beeinträchtigt war.

Die **"Kurdi"** galten damals als ein kriegerisches Volk entlang der über Jahrhunderte hinweg umkämpften Grenze zwischen den Parthern und dem Römischen Reich, ehe um 211 u.Z. die Perser ihr Sassanidenreich errichteten, zu dem Kurdistan bis 651 bei ständigen Grenzkämpfen mit dem Römischen Reich und später dem Oströmischen (Byzantinischen) Reich gehörte. Die Religion der Kurden war um diese Zeit teilweise das Christentum (teils über das Römische Reich, teils durch das zeitweilig über große Teile Kurdistans herrschende Armenien, wo es 301 u.Z. als Staatsreligion eingeführt wurde),

teilweise der Mithraskult (der durch die Parther eingeführt worden war), teilweise die Lehre Zarathustras (im Rückgriff auf das Achämenidenreich zur Staatsreligion des Sassanidenreiches erhoben). Daneben bestand eine ihrer eigenen Lebensweise als nomadisierende Hirten und teilweise Bauern am ehesten gemäße Naturreligion (d.h. eine Religion ohne heilige Schrift), die nach Übernahme von Elementen aus Christentum und Islam in die heutige Religion der Yesidi übergegangen ist, die aus islamischer Sicht als "Teufelsanbeter" bis heute verfolgt werden, weil sie davon ausgehen, daß Gott sich aus seiner Schöpfung zurückgezogen hat und einem ehemals abtrünnigen "Engel Pfau" die Herrschaft über die Welt überlassen habe. Insbesondere in der heutigen Republik Türkei sind die **Yesidi** fast ausgerottet worden, während sie beispielsweise in der Sowjetunion (im christlichen Armenien) ihren Kult ungehindert ausüben durften und dürfen.

656 kamen die **Araber** ins Land und zwangen die Kurden zur Übernahme des Islam, dem der überwiegende Teil der Kurden auch heute noch anhängt (sunnitische Richtung). Bis 912 herrschten zunächst die Omajaden-Kalifen von Damaskus aus, ab 750 das Kalifat der Abassiden von Bagdad aus über Kurdistan, ehe zunächst in Südkurdistan mit den Hasanwai (bis 1015), ab 951 in Nordwestkurdistan und Westarmenien (Hauptstadt Amid, das heutige Diyarbakir) mit den Merwaniden (bis 1096) und in Nordostkurdistan mit den Chaddadiden (bis 1174) **kurdische Dynastien** die Macht unter sich teilten, ohne daß Kurdistan geeint wurde. Das Erbe dieser Splitterreiche traten die türkischen Seldschuken an (1037-1220), die 1187 die Provinz Kurdistan gründeten (Berühmtester Kurde aus der Zeit der Kreuzzüge ist **Sultan Saladin**, der jedoch nie in Kurdistan gelebt hat, dessen Ayyubiden-Dynastie

1169-1250 den gesamten Mittleren Osten beherrschte).

1120-1506 beherrschten die **Mongolen** große Teile Kurdistans, jedoch wurden die kurdischen Fürstentümer im Kampf gegen sie bis etwa 1400 wiedererrichtet. Das seit 1301 bestehende **Osmanische Reich** (sunnitisch) und das 1506 errichtete persische Reich der **Safawiden** (wo die schiitische Richtung des Islam unter Schah Ismail zur Staatsreligion erhoben wurde, was zu einem langwierigen Konflikt mit dem Osmanischen Reich führte) stießen jedoch schrittweise nach Kurdistan vor und kämpften dort um die Vorherrschaft. Die Osmanen unter Sultan Murad IV. und die Perser unter Abbas II. einigten sich schließlich im Vertrag von Zuhab 1639 auf die Grenze, die heute noch die Grenze des Iran zur Türkei und zum Irak bildet. (Damals war die Hofsprache des Osmanischen Reiches das Persische, die des Persischen Reiches das Türkische. 1596 war die persischsprachige Kurdenchronik

**Scheref-nameh** entstanden, die eine selbstverschuldete Zersplitterung dafür verantwortlich macht, daß es den Kurden trotz beachtlicher militärischer Fähigkeiten noch nicht gelungen war, einen eigenständigen Staat zu errichten; diese Kurdenchronik ist das älteste Dokument, in dem der Gedanke der kurdischen Nation propagiert wird, und die darin beklagte "selbstverschuldete Zersplitterung" ist bis heute das

beliebteste Argument der nach dem Leitmotiv "Teile und herrsche!" verfahrenen imperialistischen Gegner eines kurdischen Nationalstaates.)

Nach einem Einfall **afghanischer Reiterhorden** (1722) in den Iran und dem von ihnen herbeigeführten Sturz der Safawiden mit der Folge der Errichtung eines afghanisch-persischen Reiches wurde, nach Ermordung des Herrschers Nadir Schah (1747), durch Kerim Khan das kurdisch-persische Reich der Zanddynastie errichtet (1758), die 1794 von dem Turkmenen Aga Mohamed Khan gestürzt wurde, dem Begründer der Kadjarendynastie, die nach Übernahme des Islam (schiitische Richtung) in Persien bis 1911 an der Macht blieb.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts gewannen die **imperialistischen Mächte** Europas (vor allem Großbritannien und Rußland) zunehmend Einfluß auf das persische Reich und (nach 1871) das Deutsche Reich auf das Osmanische Reich. Im Verlauf der Schwächung der beiden orientalischen Reiche gab es wiederholt kurdische Erhebungen.

Versuche des türkischen Sultans, das durch den vordringenden britischen und französischen Imperialismus (z.B. Napoleons Ägyptenfeldzug) und durch nationale Unabhängigkeitsbestrebungen (z.B. serbischer Aufstand unter Karadjordje) geschwächte Osmanische Reich absolutistisch auszubauen, führten ab 1806 zu einer von dem kurdischen Pascha von Suleimaniya, Abdurrahman,



Rückkehr in Ruinen: Irakische Kurden in der bereits 1989 zerstörten Stadt Quala'a Diza

Foto: R. Maro/Umbruch

geschürte Revolte, die das russische Zarenreich für sich auszunutzen versuchte. Weitere Aufstände (z.B. 1830 unter Kor Mohamed, Pascha von Ruwandiz) folgten. Nachdem der Sultan Abdul Hamed II. die nach dem Krimkrieg gewährte bürgerliche Verfassung 1876 außer Kraft gesetzt hatte, kam es während des türkisch-russischen Krieges 1877/78 zu kurdischen Erhebungen in **Hakkari, Botan und Hamawand**. Der größte kurdische Aufstand, der **Nehri-Aufstand** unter Scheich Ubaidulla, der 1878 im Gebiet um Urmia begann und einen kurdischen Nationalstaat zum Ziel hatte, stützte sich ideologisch deutlich auf die Freiheitsideen der französischen Revolution von 1789, die durch revolutionäre kurdische Dichter wie **Hadji Kaderi Koyi** (1817-1897) und **Riza Talabani** (1840-1908) unter der kurdischen Intelligenz propagiert worden waren. Dieser Aufstand brach 1881 zusammen, und Ubaidulla erkannte die Oberhoheit des Sultans Abdul Hamed II. an. Dieser versuchte, durch den Aufbau einer kurdischen Kavallerie, der Hamadiye, (ab 1891) die nationalen Konflikte in seinem Reich gewaltsam unter Kontrolle zu halten, was z.B. 1894 zu Massakern an den Armeniern führte, bei denen sich die Hamadiye besonders "bewährte". Mit ihr wurden auch kurdische Freiheitsbestrebungen niedergehalten. Eine neue Chance sahen kurdische Intellektuelle im Zusammengehen mit der **jungtürkischen Bewegung** (wichtigste Vertreter: Enver Pascha, Talaat Bey, Mustafa Kemal). Die jungtürkische Bewegung setzte sich aus mehreren teilweise gegenläufigen Flügeln zusammen (von bürgerlich revolutionären, auf einen laizistischen Staat hinarbeitenden Kräften bis hin zu islamischen Erneuerern), deren gemeinsames Ziel die Wiedereinführung der 1876 außer Kraft gesetzten Verfassung war. Sie arbeitete seit 1876 in der Illegalität und trat 1907 in Saloniki unter der Bezeichnung "(Komitee für) Einheit und Fortschritt" (Ittihat ve Terakki) an die Öffentlichkeit und löste bereits 1908 die jungtürkische Revolution aus (ein Jahr später wurde der letzte Sultan abgesetzt). Ziel dieser Revolution war eine Demokratisierung bei Wahrung der Reichseinheit unter türkischer Führung. Dagegen richtete sich die Opposition vor allem in Form nationaler Min-

derheiten, eine Opposition, die zugleich von den europäischen Großmächten (Frankreich, Großbritannien, Rußland) für eigene Machtausweitung genutzt wurde. Als das Osmanische Reich 1914 auf Seiten des Deutschen Reiches in den **Ersten Weltkrieg** eintrat, wurde vor allem von der jungosmanischen Richtung der Jungtürken (Innenminister Talaat Bey, Kriegsminister Enver Pascha) der Islamische Heilige Krieg (Dschihad) nach innen ausgerufen und mündete in Deportationen und Massakern (auch mit Hilfe kurdischer Banden), bei denen 1915 über 1 Million (christlicher) Armenier umgebracht wurden; ein Jahr später wurden rund 700 000 (größtenteils yesidische) Kurden auf ähnliche Weise deportiert und umgebracht. Das systematische, schrittweise durchgeführte Vorgehen dabei nahm sich später **Hitler** ausdrücklich für die Planung seiner "**Endlösung der Judenfrage**" als Vorbild. Bis heute ist der kemalistische türkische Staat massiv bestrebt, dieses Kapitel seiner Geschichte als nicht existent zu behandeln, was faktisch der Drohung einer ähnlichen Behandlung der Kurden, wenn er anders mit ihnen nicht fertig wird, gleichkommt. (Auch die kaiserdeutsche Beteiligung daran ist bisher kaum aufgearbeitet worden.)

**Nach dem Ersten Weltkrieg** löste sich die jungtürkische Bewegung auf, die meisten ihrer Führer flohen außer Landes (Talaat Bey wurde 1921 in Berlin von einem armenischen Studenten erschossen), der Rest ging in **Atatürks Republikanischer Volkspartei (CHP)** auf. In dem nach der Kapitulation des Osmanischen Reiches entstehenden türkischen Staat sollten nach dem Friedensvertrag von **Sevres** (1920) auch Kurden und Armenier mit Autonomierechten einbezogen werden; ein eigener Staat entsprechend der Doktrin des US-Präsidenten Wilson wurde ihnen jedoch versagt. Der Bürgerkrieg tobte jedoch noch zwei Jahre lang weiter, wobei im Westen die Griechen (nach Griechenland), im Osten die Armenier (teilweise ins heutige Armenien, größtenteils aber auch in die USA) vertrieben wurden; im Frieden von **Lausanne** (1923) zwischen Großbritannien (für den Irak), Frankreich, Italien, Japan, Griechenland, Rumänien und dem serbisch-montenegrinischen Staat einerseits und der (kurz darauf

ausgerufenen) **Republik Türkei** andererseits schließlich wurden die heutigen Grenzen zwischen der Türkei und dem Irak festgeschrieben (die Grenze zu Syrien war bereits 1921 mit Frankreich ausgehandelt worden).

**Kurdistan** ist seither in vier Teile zerrissen, die zu den Staaten Persien (seit 1937 offiziell Iran), Türkei, Syrien und Irak gehören (darüber hinaus Enklaven in den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbeidjan). Die Türkei hatte ihr Ziel, das erdölreiche, vor allem kurdisch besiedelte Wilayet (Regierungsbezirk des Osmanischen Reiches) Mosul

seinem Territorium einzuverleiben, nicht erreicht, und damit wurde für den kemalistischen türkischen Staat die kurdische Autonomie zu einer latenten Gefahr. **Kemal Atatürk** erklärte die Kurden kurzerhand für nicht existent und sprach nur noch von "**Bergtürken**", die türkisiert werden müßten. Während man sich etwa gegenüber der Minderheit der Armenier (die heute noch etwa 30 000 Menschen zählt) relativ großzügig verhalten konnte, wurde den Kurden die Benutzung ihrer eigenen Sprache und die Ausübung ihrer eigenen Kultur verboten, das führte naturgemäß zu Erhebungen der Kurden.

## "DAS NÄCHSTE MAL BRINGEN WIR EUCH ALLE UM"

**Türkische Sondereinsatzkommandos richten Blutbad bei Beerdigung eines Oppositionellen in Kurdistan an/  
Mindestens sieben Tote und Hunderte von Verletzten/ Angriffe auf Journalisten und Parlamentarier**

(Aus Diyarbakir Lissy Schmidt)

"Vedat, wir vergessen dich nicht" und: "Wir fordern Rechenschaft", riefen die Menschen, die dem ermordeten Politiker **Vedat Aydin** am Mittwoch, dem 10. Juli 1991, in der kurdischen Großstadt Diyarbakir das letzte Geleit gaben. Die Metropole bot einen ganz und gar ungewohnten Anblick: Die Straßen waren leer, alle Läden geschlossen, eine ganze Stadt drückte ihre Trauer und ihren Protest aus.

Ein Konvoi von mehr als 5.000 Autos hatte die Leiche aus dem 80 Kilometer entfernten Ort Maden nach Diyarbakir geholt. Dort empfingen Zehntausende den in die kurdische Fahne gehüllten Sarg. Die Straßen gehörten dem Trauerzug. Doch mehr noch als Trauer, trugen die Menschen Entschlossenheit zur Schau. Entschlossenheit und auch Triumph darüber, daß das Begräbnis Aydins trotz der massiven Drohungen so stattfinden konnte. Slogans wie "**Es lebe die PKK**" und "**Schlag zu, Guerilla - Gründe unser Kurdistan**", ertönten.

Freitag nacht war der Oppositionspolitiker Aydin aus seinem Haus geholt worden. "Mach dir keine Sorgen", hatte er zu seiner Frau gesagt, "ich kenne die Leute, das sind Beamte von der politischen Polizei, ich werde morgen früh wiederkommen". - Er kam nicht wieder. Seine Leiche wurde drei Tage später gefunden - nackt mit acht Einschüssen, gebrochenen Armen und Beinen und eingedrückter Schädeldecke. Die **Counter-Guerilla**, der türkische Arm der internationalen Geheimdienstorganisation "**Gladio**" wird für die Übergriffe verantwortlich gemacht.

**Vedat Aydin** war Vorsitzender der **Volkspartei der Arbeit (HEP)** in der kurdischen Provinz Diyarbakir. Sein Name war nicht wegzudenken aus den Kreisen der demokratischen Opposition in Türkisch-Kurdistan. Er war **Mitbegründer des Menschenrechtsvereins** und unermüdlicher Kämpfer gegen Menschenrechtsverletzungen. Seine Ermordung löste eine Welle von Empörung aus.

Der Trauerzug bewegte sich bis zur letzten Polizeiwache vor dem Friedhof. Ein Stein, von einem kleinen Jungen geworfen, wurde mit einer zwei- bis dreiminütigen Maschinengewehrsalve in die Menge beantwortet. Die Menschen schmissen sich auf den Boden, Parlamentsabgeordnete der HEP riefen über Lautsprecher die Polizei und die Menge zur Ruhe.

Nach der Salve werden die ersten Verwundeten weggetragen. Kinder - zum Teil noch keine 15 Jahre alt - liegen in Blutlachen. Der Zug setzt dennoch seinen Weg fort, und Vedat Aydin wird begraben.

Das große Blutbad findet auf dem Rückweg vom Friedhof statt. Den Teilnehmern des Trauerzugs wird der Weg abgeschnitten. Es folgen Schüsse in die Menschenmenge, Tränengas wird geworfen. Tausende von Menschen werden von den Polizisten der Sondereinsatzkommandos, im Volksmund "Rambos" genannt, umzingelt und beschossen.

Dann gehen die Rambos zum Angriff auf die "VIPs" über, Parlamentsabgeordnete der HEP, die Führungskader der Partei und eine Reihe von Journalisten haben sich in einen Doppeldeckerbus geflüchtet. Der Bus wird mit Tränengas beschossen. Die herausfallenden Menschen werden mit Gewehrkolben und Stöcken geschlagen und auf den Boden geschmissen. Die dann folgenden "Maßnahmen der Sicherheitskräfte, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen", bestehen darin, mit Militärstiefeln auf den rund 50 am Boden liegenden Personen herumzutampeln. Nachdem alle blutig geschlagen sind, werden sie ins Krankenhaus transportiert.

Mit der Ermordung Aydins und den Vorfällen um sein Begräbnis sind die Angriffe gegen eine legale, demokratische Opposition in Kurdistan in eine neue Phase getreten. Die letzten zwei Jahre standen im Zeichen des Aufbaus einer solchen Opposition. Der Menschenrechtsverein und die Oppositionspartei HEP wurden gegründet und nahmen den Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen in den kurdischen Dörfern auf. Es war gelungen, ein relativ großes internationales Interesse für die Kurdenfrage in der Türkei zu wecken. Die Konsequenz waren Reformen aus Ankara, darunter die teilweise Freigabe der kurdischen Sprache. Der europäischen Öffentlichkeit sollten handfeste Beweise einer "Demokratisierung" in Bezug auf die Kurdenfrage vorgezeigt werden. In Kurdistan selbst waren die Reformen für die Sondereinsatzkommandos der Anlaß, sich überhaupt nicht mehr um Gesetze zu scheeren. Sie griffen zu "lateinamerikanischen Methoden".

Der **Kriegszustand in Diyarbakir** geht die ganze Nacht weiter, Krankenwagen jagen bis zum Donnerstagmorgen durch die ausgestorbene Stadt. **Von sieben Toten ist die Rede**, die Zahl der erfaßten Verletzten geht in die Hunderte. Ungezählte haben sich aus Angst vor einer Verhaftung versteckt. (...)

**"Das ist der Anfang"**, meinte einer der Rambos während des Massakers am Beerdigungstag, **"ihr könnt uns nicht stoppen. Wenn wir euch heute nicht umbringen, dann beim nächsten Mal."**  
(aus taz vom 12.7.1991)



„Glücklich wer sagen kann, Türke zu sein“ — mit Steinen versuchten Demonstranten in Sirnak, die Propagandaparole zu zerstören. Foto: R. Maro/Umbruch

## TERROR GEGEN DEN KURDISCHEN BEFREIUNGSKAMPF

Kurz nachdem Elisabeth Schmidt aus Kurdistan über die Terroraktivitäten anlässlich der Beerdigung des kurdischen Oppositionspolitikers Vedat Aydin (siehe Bericht in dieser Ausgabe) in der taz informierte, wurde sie verhaftet und nur aufgrund des massiven Eingreifens der deutschen Botschaft freigelassen. In den letzten Julitagen wurden nun in der Nähe des Van-Sees 10 deutsche Touristen entführt.

Passend zu diesem Thema schickte uns Klaus Dillmann einen weiteren Artikel, der die gezielte Stimmungsmache gegen die PKK seitens des türkischen Staates verdeutlicht.

Schon seit Gründung der Widerstandsorganisation **PKK (Arbeiterpartei Kurdistans)** ist der Staat Türkei eifrig damit befaßt, diese zu kriminalisieren. Man erinnere sich etwa an den Massenmord an alewitischen Kurden in Kahramanmaraş 1978, wo sogleich verbreitet wurde, daß es sich um das Werk der "PKK-Terroristen" handle. In Wirklichkeit waren es Angehörige der Islamischen Heilspartei von Professor Erbakan (einer Partei, die wiederholt mit der Republikanischen Volkspartei unter Ecevit Koalitionsregierungen bildete). Und der Mord geschah unter Mitwissen des türkischen Geheimdienstes MIT.\*

Je stärker sich diese Partei in den Massen verankern konnte, desto mehr dehnten sich die militärischen Aktionen des türkischen Staates auf die kurdische Bevölkerung insgesamt aus. Massenprozesse, Todesurteile gegen Freiheitskämpfer, die oft nicht vollstreckt wurden, aber dazu dienten, mit der ständigen Drohung, sie zu vollstrecken, den Freiheitskampf niederzuhalten, trugen dazu bei, die Türkei vor aller Welt als faschistisches Henkersystem in Erscheinung treten zu lassen. Neuerdings sind die Methoden "subtiler" geworden: Die Einwohner ganzer Dörfer werden durch Militäraktionen der "**Özel Tim**" (= "Spezialmannschaft", deren Kommandos sich häufig als PKK-Kommandos ausgeben) gefangengenommen, wer Widerstand leistet, wird erschossen. Um Kollaboration zu erzwingen, werden Männer, Frauen und Kinder gezwungen, Jauche zu trinken oder Fäkalien zu essen, oder kurdische Frauen müssen ihre zuvor gefolterten und entkleideten Männer an deren Genitalien durch die Straßen ziehen. (Als Foltermethode besonders "beliebt" ist die Bastonade, das Schlagen mit Stöcken auf

die Fußsohlen, bis diese aufplatzen und die Gefolterten gehunfähig geworden sind.)

So zeigte z.B. das türkische Fernsehen (am 6.6.1990) auf dem Marktplatz eines kurdischen Dorfes aneinandergereihte Leichen von Kindern, Frauen und Greisen. Ein Offizier erklärte dazu, das sei das Werk von PKK-Terroristen. Doch selbst türkische Fernsehjournalisten äußerten Zweifel. Sie fragten, warum eigentlich vor der Zerstörung kurdischer Dörfer und der Ermordung ihrer Einwohner in der Regel die "Özel Tim" (mit Hauptquartier in Ankara) in Bataillonsstärke in das jeweilige Gebiet (angeblich zur Bekämpfung von "Separatisten") ausrücke. Diese Truppe heißt im Volksmund allgemein die "schwarzen Käfer", weil sie nachts blitzschnell zuschlägt. Ihr Know-how haben diese Kommandos in Deutschland bezogen: von der GSG 9. Entsprechende Aussagen des ehemaligen GSG 9 - Offiziers Anselm Weygold wurden jedoch vom Bonner Innenministerium als "unwahr" bezeichnet. Man habe lediglich Ausbildungshilfe in allgemeiner Verbrechensbekämpfung gegeben.

#### Nachtrag:

Inzwischen wurde bekannt, daß die deutschen Touristen von einer Einheit der PKK entführt und nach wenigen Tagen wieder freigelassen worden sind.

Die Entführung ist selbstverständlich scharf zu kritisieren, zum einen sind die Touristen nicht als Feinde des kurdischen Volkes anzusehen, zum anderen schadet eine derartige Aktion der Solidarität.

\* Dieser Mord diente damals dazu, über 13 Provinzen (hauptsächlich in Türkisch-Kurdistan) das Kriegsrecht zu verhängen.

# Antifa - Info

**Hannover, 2.8.91**

Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr, Nötigung lauteten die Anklagepunkte im Prozeß gegen einen jugendlichen Funktionär der FAP, der im Juli vor dem Landgericht Göttingen verhandelt wurde. Die Tatsache, daß der FAP-Funktionär im Mai 89 mit dem Auto auf einen Asylbewerber losgefahren ist, der sich nur durch einen Sprung vom Fußweg vor dem Überfahrenwerden retten konnte, sah das Gericht lediglich als "gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr" an. Die Begründung der Verteidigung, daß der FAP-Funktionär den Asylbewerber nur habe einschüchtern wollen, nahm das Gericht als Begründung an und verhält sich damit positiv zu solchen Anschlügen. Vom Vorwurf der Volksverhetzung und des Verbreitens verfassungsfeindlicher Parolen wurde der Angeklagte freigesprochen. Auf die rechtsextremen Aktivitäten des FAP-Funktionärs, der bereits wegen ähnlicher Delikte vorbestraft war, ging das Gericht in der Urteilsbegründung nicht ein und setzte die verhängte zweijährige Strafe als Jugendstrafe zur Bewährung aus. Der Staatsanwalt hatte auf drei Jahre Jugendstrafe plädiert und will Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen.

**Hamburg, 4.8.1991**

Am 21. Juli schlugen Nazi-Skins in Hamburg-Bergedorf einen 22jährigen Türken zusammen und verletzten ihn dabei v.a. durch Stiefeltritte lebensgefährlich. Für den Überfall gibt es Augenzeugen. Dadurch wurden fünf einschlägig bekannte Nazis-Skins zwischen 19 und 22 Jahren festgenommen, unter ihnen auch Alexander von Pein, ein NL-Funktionär, der zur letzten Bürgerschaftswahl kandidiert hatte. Ob sie ernste Konsequenzen zu befürchten haben, ist eher unwahrscheinlich, in Bergedorf haben Faschisten relative "Narrenfreiheit". Bergedorf ist seit einigen Jahren Hochburg militanter Neonazis. Erst drei Tage vor diesem Überfall berichtete die "Bergedorfer Zeitung" von Polizei-Problemen mit den Nazi-Skins. Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft äußert darin: die Nazi-Skins "wissen ganz genau, daß

sie der Bergedorfer Polizei überlegen sind und greifen an". Sicher ist diese Aussage auch taktisch (die DPG will mehr Polizei durchsetzen), sie wirft aber dennoch ein Schlaglicht auf die Situation. Schon in dem erwähnten BZ-Artikel hieß es, es könne "bald Tote geben", was die Innenbehörde übertrieben fand!

Es muß was geschehen in Bergedorf. Es handelt sich auch nicht um den ersten Mordversuch. Schon vor 2 1/2 Jahren stießen Nazis eine Türkin vor ein fahrendes Auto, sie wurde zum Glück nur leicht verletzt.

Es ist nicht davon auszugehen, daß die Polizei diese Probleme lösen kann (und will). Ihre Linie ist: mehr Polizei, mehr Sicherheit und Ordnung, d.h. Repression. Diese Repression wird aber nicht in erster Linie die Nazis treffen. Sie zielt vielmehr auf alles nicht Angepaßte in dieser Gesellschaft. Sie trifft sich mit den Zielen aller Faschisten, nicht umsonst ist eine ihrer Zentralforderungen immer wieder mehr Polizei, bessere Ausrüstung, härtere Strafen.

Vor allem wird es darauf ankommen, ob sich jetzt in Bergedorf ein antifaschistischer Widerstand neu zusammenfindet, daß alle Betroffenen und alle, die sich über die Nazis empören, zu gemeinsamem Handeln kommen. Von Demonstrationen, Festen bis zu Propaganda gegen Neofaschismus und seine gesellschaftlichen Säulen, wie z.B. den Rassismus.

Am 25. Juli um 17.30 Uhr fand, kurzfristig angesetzt, eine Demonstration durch Bergedorf statt. Aufgerufen hatten DIFD, das Solidaritätskomitee mit AusländerInnen in Bergedorf und Umgebung, BI Bergedorf, Unser Haus e.V., Antifa Bergedorf und die GAL. Ca. 1700 Leute kamen, davon gut die Hälfte aus Bergedorf selbst, etliche schlossen sich noch während der Demonstration dem Zug an.

Im Anschluß an die Demonstration setzte sich eine Gruppe von ca. 200 DemonstrantInnen ab, um zum Röpra-Grill zu ziehen, der als Nazi-Treff bekannt ist. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Verhaftungen sind nicht bekannt geworden.

Der türkische Kollege befindet sich inzwischen außer Lebensgefahr.



**München, 20.7.91**

Am Montag, den 15.7.91, fand in **Neuperlach** vor dem Perlacher Einkaufszentrum eine Kundgebung mit anschließender Demonstration statt. Aufgerufen hatten dazu Münchener Jugendverbände und örtliche Initiativen. Anlaß waren die Schüsse, die eine Woche zuvor von einem Unteroffizier der Bundeswehr auf zwei türkische Jugendliche abgegeben worden waren. Opfer waren der 20jährige Levent, der durch einen Beinschuß verletzt wurde, und der 19jährige Cüneyt, der am Kopf und am Oberkörper lebensgefährlich verletzt wurde.

Die bürgerliche Presse berichtete, wenn sie dem Täter überhaupt Ausländerfeindlichkeit unterstellte, als handle es sich um einen verwirrten Einzeltäter. Es sollte nicht vergessen werden, daß es sich bei dem "Einzeltäter" um einen Dienstgrad der Bundeswehr handelt. Bekannt ist auch, daß innerhalb der Bundeswehr fortschrittliche Anschauungen nicht gerade gefördert werden, im Gegenteil, die Bundeswehr ist Brutstätte von Rassismus und Ausländerhaß. Dort wird den Soldaten eben auch beigebracht, auf "Ausländer" zu schießen. Und wenn in München auf offener Straße mit dem Gewehr in der Hand Jagd auf ausländische Jugendliche gemacht wird, dann hat die Polizei nichts Besseres zu tun, als die Eltern der Opfer mit Fragen zu belästigen, die darauf hinauslaufen, daß Rechtfertigungen für den Täter gesucht werden, weil er sich provoziert gefühlt haben könnte.

Gegen diesen Zustand richtete sich die Demonstration, an der sich etwa 250 Menschen beteiligten. Der Demo-Zug, der zum größten Teil aus Jugendlichen bestand, endete am Parkplatz des Michaelibades, dem Ort, wo die Schüsse fielen. Im Anschluß fand eine Mahnwache auf dem Odeonsplatz statt. Die vor dem Innenministerium angemeldete Mahnwache sollte aufzeigen, von wo die Entrechtung und Diskriminierung unserer ausländischen Freunde und Kollegen ausgeht. Doch das KVR verlegte sie vor die Feldherrnhalle.

**Berlin, 2.8.91****Erklärung an die demokratische Öffentlichkeit:**

"Strauß deckt Faschisten" oder wie die Ehre posthum der Staatskasse zur Last fiel"

"Ein Märchen aus uralten Zeiten...???"

Im Juni 1981 hielten wir, Susanne Eichhorn (heute Cokgüngör) und Brigitte Renkl, dem Herrn Strauß, damals bayrischer Ministerpräsident, anläßlich eines Besuchs in Regensburg ein Transparent entgegen mit der

Aufschrift: "Strauß deckt Faschisten", die Erinnerung an das faschistische Attentat auf dem Oktoberfest war noch frisch und die Erklärung noch nicht vergessen, die Strauß in der Öffentlichkeit abgegeben hatte zugunsten der Wehrsportgruppe Hoffmann, auf deren Verantwortung für das Massaker alle Spuren hinwiesen.

Unsere Personalien wurden festgestellt und das Transparent von der Polizei "verhaftet". Wir erhielten schließlich Strafbefehle. Die bayrische Justiz sah den Tatbestand der Beleidigung von Strauß als gegeben. Das war 1981 (...).

Zehn Jahre dauerte es, bis wir "Recht" bekamen. Franz Josef Strauß und sein Advokat Ossmann, schleiften uns durch alle gerichtlichen Instanzen, die dieses Land aufzubieten hat.(...)

Gegen diese Urteile legten wir im Januar 1986 Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Am 19. April 1990 ... erging folgendes Urteil ( 1 BvR 40/86 und 1 BvR 42/86)...:

"Das Urteil des Landgerichts Regensburg vom 6. November 1984 - 3 Ns 2 Js 8133/81 a b - und der Beschluß des Bayrischen Obersten Landesgerichts vom 29. November 1985 - RReg. 2 St 128/85 - verletzen die Beschwerdeführerinnen in ihren Grundrechten aus Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes."

Bis vor wenigen Wochen brütete dann die bayrische Justiz darüber, wie sie diese offensichtliche Mißachtung ihrer Rechtsprechung verwinden könne. Nach zehn Jahren wird uns dann der lapidare Beschluß, von drei Richtern des Landgerichts Regensburg unterzeichnet, mitgeteilt:

"Das Verfahren (wegen Beleidigung) wird gemäß Paragraph 153, Abs. 2 StPO eingestellt. Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen der Angeklagten fallen gemäß Paragraph 467 Abs. 1 StPO der Staatskasse zu Last."

Wir haben den Prozeß gewonnen. Und es ist eine unbestreitbare Freude, die Strauß so dienstfertige bayrische Justiz im Gewand des Verfassungsfeinds zu sehen.(...)

Die uns erwiesene finanzielle Solidarität wollen wir zurückerstatten: zur Hälfte an die Nachfolgeorganisation des Anti-Strauß-Komitees, das Antifaschistische Komitee - Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung, zur Hälfte an die Solidaritätsbewegung mit dem kurdischen und türkischen Volk.(...).

**Aus der Erklärung von Susanne Cokgüngör (Berlin) und Brigitte Renkl (Leonberg)**

## STUDENTISCHES VERBINDUNGS(UN)WESEN: UNGEFÄHRliche TRADITIONALISTEN ODER TRÄGER LANGFRISTIGER MACHT POLITISCHER STRATEGIEN ?

**Angesichts des Erstarkens der extremen Rechten, insbesondere in den neuen Bundesländern, dürfte es von Bedeutung sein, sich mit allen Spielarten rechter Ideologie und Politik auseinanderzusetzen. Der folgende Artikel beschäftigt sich mit dem aus antifaschistischer Sicht noch relativ wenig beleuchteten, nichtsdestoweniger bedeutungsvollen, studentischen Verbindungswesen.**

**Nicht zuletzt die Feierlichkeiten anlässlich der 175-Jahr-Feier des Wartburgfestes 1992 werden zu einer erneuten Verstärkung nationalistischer und chauvinistischer Hetze durch die Korporationen Anlaß sein.**

**Zunächst eine Anmerkung zur Sache: Es gibt in der BRD ungefähr 1000 einzelne Verbindungen bzw. Korporationen, wie die Sammelbezeichnung von Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften und konfessionellen Verbindungen lautet.**

**Diese sind wiederum in über 20 Korporationsverbänden zusammengefaßt. Die bekanntesten sind der Coburger Convent der Landsmannschaften und Turnerschaften (CC), der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV) und die Deutsche Burschenschaft (DB).**

Man könnte meinen, daß diese Verbände, die teilweise mit Degen auf einander losgehende erwachsene Männer vereinigen, schon angesichts ihrer traditionalistischen Riten keine politische Relevanz hätten, aber dies ist wohl weit gefehlt. Schon ein Blick in die Bundeshauptstadt Bonn zeigt die Bedeutung korporierter Seilschaften. Unser erster Bundespräsident Theodor Heuss sprach in diesem Zusammenhang davon, daß "in Bonn (...) Zufall mit CV geschrieben (wird)."

Denn obwohl die Korporierten mit 25.000 und ihre "Alten Herren" - also die Ex-Korporierten, die jetzt den Laden finanzieren - mit 100.000 Männern eine relative Minderheit in Hochschule und Gesellschaft darstellen, ist ihre Bedeutung in Politik und Wirtschaft nicht gering einzuschätzen. Als ein Beispiel für viele möge gelten, daß allein 30 der Bundestagsabgeordneten Alte Herren im CV sind. Aber auch führende Landespolitiker wie der nordrhein-westfälische SPD-Fraktions-

vorsitzende Friedhelm Farthmann, der ehem. hessische Ministerpräsident Walter Wallmann, Franz-Josef Strauß u.v.m. sind oder waren Korporierte.

Dies alles ist natürlich kein Zufall: Die Alten Herren finanzieren nicht nur, dank ihrer hervorgehobenen politischen oder ökonomischen Stellungen, das Korporationswesen, sondern sie haben sich auch verpflichtet, andere ehemalige Korporationsstudenten bei Einstellungen etc. zu bevorzugen, um "auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führenden Berufe unserer Gesellschaft zu entsenden." (1)

Die enge Verflechtung von herrschenden Kreisen unseres Landes mit dem Korporationswesen läßt sich an vielen Punkten festmachen, auch in der Geschichte.

### **Vor der Gründung des Kaiserreiches**

Zunächst muß gesagt werden, daß bis zur Gründung des deutschen Kaiserreiches von 1871 die Burschenschaften eine besondere, von den anderen Korporationen zu unterscheidende Form der studentischen Verbindungen darstellten. Wie alle Verbindungen entstanden auch sie nach den sog. Befreiungskriegen der feudal zersplitterten Staaten Deutschlands gegen das damals sich schon bürgerlich-kapitalistisch entwickelnde Frankreich Napoleons I., als antifranzösische, nationale Souveränitätsbewegung. Und dies, obwohl gerade dieses Frankreich in Deutschland eine Reihe bürgerlich-progressiver Reformen durchgesetzt hatte, zu denen das deutsche Bürgertum sich eigenständig gar nicht in der Lage sah.

Die Corps, Landsmannschaften und konfessionellen Verbindungen waren tatsächlich,

also nicht nur von ihrer Ideologie her, sondern auch von der sozialen Zusammensetzung her, im feudalen Staatsapparat (Beamtenschaft, etc.) fest verankert. Die Burschenschaften waren zwar auch durch eine Inkonsequenz hinsichtlich des feudal restaurierten Deutschland gekennzeichnet - Indiz hierfür ist z.B. die Verbrennung von Büchern "französischen Geistes", so des fortschrittlichen Gesetzeswerkes **Code Napoleon** auf dem **Wartburgfest 1817** -, aber sie waren doch ihrem Wesen nach eher eine antifeudale, bürgerliche Emanzipationsbewegung für ein einheitliches, bürgerlich-demokratisches Deutschland.

Noch in der bürgerlichen Revolution von 1848 kämpften sie auf der Seite der Revolutionäre gegen die monarchistische Willkürherrschaft.

Dies änderte sich nun aber schrittweise bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts vollständig.

Mit der **Reichsgründung 1871** war auch eine zentrale Forderung des Bürgertums erfüllt, die Schaffung eines einheitlichen deutschen Wirtschafts- und Sozialraums. Nur eben nicht unter demokratischen, sondern unter antidemokratischen, ja sogar national-chauvinistischen Vorzeichen.

Markantes äußeres Zeichen für die vollzogene Anbiederung an die drückenden herrschenden Verhältnisse war die Einführung der Bestimmungsmensur 1883. Zuvor war diese Peinlichkeit, das Aufeinanderschlagen erwachsener Männer mit Degen zu Recht als Ausdruck undemokratischer und aggressiv-

chauvinistischer Gesinnung den zu diesem Zeitpunkt noch "feindlichen" übrigen Korporationen überlassen.

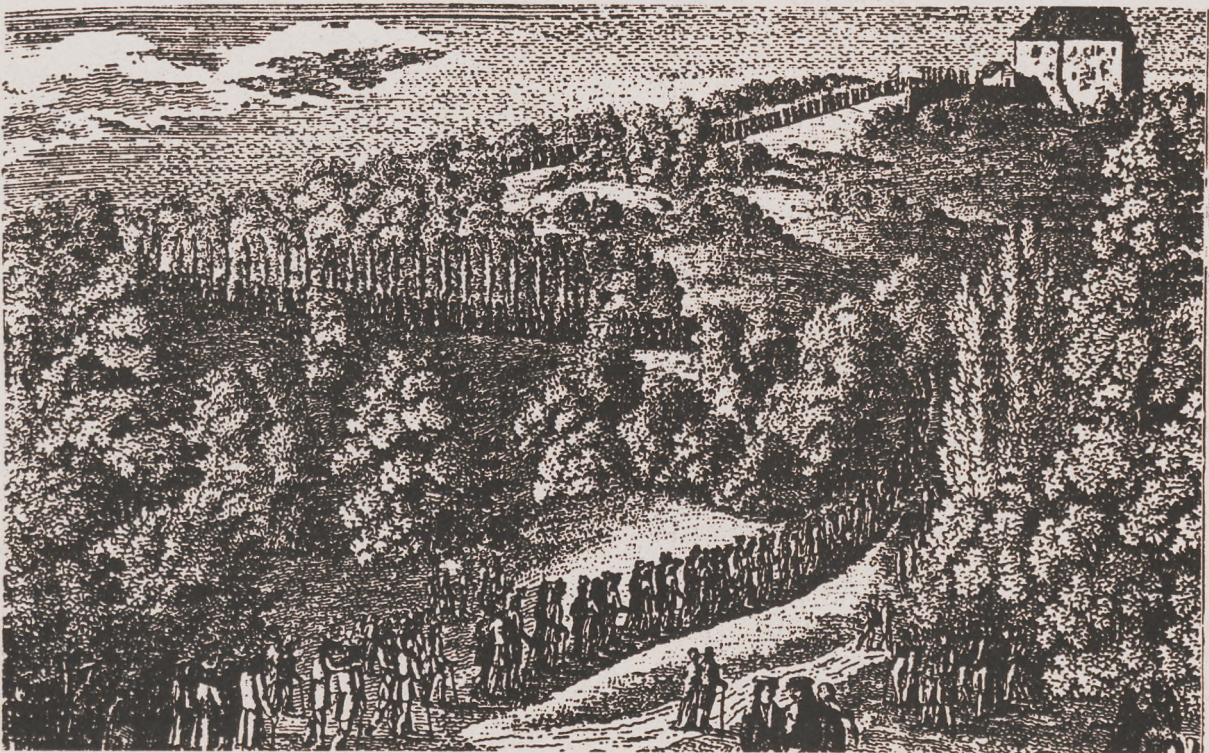
Es zeigt sich, daß es auch mit dem Märchen von der traditionell demokratischen Stoßrichtung (Leitspruch: "Ehre, Freiheit, Vaterland") zumindest der Burschenschaften nicht weit her ist. Selbst in den Anfängen ist schon eine aggressive Haltung wider den undeutlichen, weil französisch-oktroierten bürgerlichen Geist festzustellen.

#### Zum 1. Weltkrieg

Daß alle Korporationen so ausgerichtet waren, zeigt die frenetische Kriegsbegeisterung vom 1. August 1914, aber auch die mit der sozialdemokratischen Reichsregierung koordinierte konterrevolutionäre Tätigkeit der alten Reichswehr und der mit ihr verbündeten Freikorps während der Novemberrevolution 1918. Die Korporationen, auch die Burschenschaften, kämpften hier an deren Seite. Einer der Höhepunkte dieser antidemokratischen und chauvinistischen Tätigkeit waren die **Mechterstädter Morde** durch das paramilitärische "**Studentenkorps Marburg**" (StuKoMa) an 15 thüringischen Arbeitern im Zuge des gescheiterten reaktionären **Kapp-Putsches 1920**. Offizielle Lesart der damaligen Klassenjustiz (der gesamte Staatsapparat blieb ja wegen des Scheiterns der Novemberrevolution fest in der Hand der Monarchisten): "Auf der Flucht erschossen"!

#### Weimarer Zeiten

Während der gesamten Weimarer Republik hielt das studentische Verbindungswesen an den undemokratischen, z.T. monarchisti-



Zug der Studenten zur Wartburg, 1817

schen Leitlinien seiner Politik fest, so daß 1930 sogar schon der faschistische Studentenbund NSDStB mittels Listenverbindungen mit korporierten Studenten die absolute Mehrheit bei den AStA-Wahlen erreichte.

### Im Faschismus

Diese enge Kooperation mit der faschistischen Partei ist wiederum nicht zufällig, haben die Korporationen doch schon sehr früh erkannt, daß die NSDAP ein großes Stück Kontinuität deutscher Geschichte repräsentierte. Die studentischen Verbindungen gehörten ja nicht umsonst zu den ersten, die die Wendung deutscher Politik zum Expansionismus führend vollzogen. Dieser deutsche Expansionismus hatte seine Ursachen nicht zuletzt in der im Vergleich zu den übrigen europäischen Nationalstaaten späten sozialen und ökonomischen Vereinheitlichung Deutschlands. Das bei der machtpolitischen und ökonomischen Aufteilung der Welt zu spät (und zu kurz) gekommene Deutschland drängte nun mit aller Wucht nach einer Revision des status quo. Die Korporationen waren wichtige Instanzen der gesellschaftspolitischen Durchsetzung dieses nach außen gerichteten National-Chauvinismus. Sie wurden zu Trägern des nun erstmals rassistisch begründeten Antisemitismus, aber auch zu Trägern des sich verschärfenden ideologischen Kampfes gegen die stärker werdende **Arbeiterbewegung**. Diese, im wesentlichen antikapitalistische gesellschaftliche Bewegung, stand für die Suche nach Alternativen zur wachsenden Gefahr imperialistischer Konfrontation ("Weltkrieg").

Daß Korporationen und Faschismus also in der gleichen gesellschaftlichen Tradition Deutschlands entstanden sind, scheint mir offensichtlich.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß auch die aktuell-politische Übereinstimmung von faschistischer Parteiführung und studentischem Korporatismus beinahe vollständig waren.

Die Verbindungen haben selbst die besten Beweise hierzu geliefert.

"Die Deutsche Burschenschaft verkündete auf dem Wartburgfest 1935(...): 'Das Ziel der Deutschen Burschenschaft, die Einheit und Macht des Deutschen Volkes, ist durch den Führer und die NSDAP in einer Weise erreicht, wie es sich die Männer des Wartburgfestes 1817 nicht schöner hätten denken können. Für dieses Ziel zu kämpfen, hat die DB nicht mehr nötig. Das Erreichte festzuhalten, ist nicht ihre Aufgabe, sondern die Aufgabe der NSDAP. Die DB hat infolgedessen keine Aufgabe mehr. Sie kann dem großen Gedanken ihrer Gründer nur gerecht werden, wenn sie sich der NSDAP angliedert, die das erreicht hat, und das verteidigt, wofür die Burschenschaft über ein Jahrhundert gekämpft hat.' Und weiter: 'Nach 120 Jahren Kampf für Freiheit, Ehre und Vaterland übergibt die Deutsche Burschenschaft ihre Burschenschaften, Fahne und Tradition dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund zu treuen Händen.' " (2)

Vier Jahre später urteilt ein Ex-Burschenschafter: "So konnte denn die vereinte Deutsche Burschenschaft seit dem Ende des (Ersten) Weltkriegs in vorbildlicher Weise auftreten für Rassenbereinigung, für Beseitigung des Parteiwesens und der Parlamentsherrschaft, für Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und für den Schutz des Auslands- und Grenzlanddeutschtums, und sie trug nicht ohne Erfolg solche Bestrebungen auch in die gesamte Studentenschaft.' Sie

### ANZEIGE

**AFRO  
LATIN  
MUSIC PUB**

**Café Cuba**

Westbahnhof 1 (S-Bhf.) Essen A430 E-Hobeisenbr. ☎ 0201/708884

**Essen & Trinken & jede Menge:  
Salsa, Samba & Afro-Musik**

*Comida & Bebida & Cantidad de:  
Salsa, Samba, Merengue & Cumbias*

hat sich 'als Wegbereiterin erwiesen für die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches und die Zurückführung der österreichischen und sudetendeutschen Volksgenossen in das nunmehrige Großdeutsche Reich durch Adolf Hitler' "(3)

Die Ziele der DB waren also durch den Sieg des Faschismus vollständig erfüllt, so daß sich die DB auflösen konnte. Fast alle Verbindungen handelten genauso. Der Kösener Senioren Convents-Verband (KSCV) bekannte sich dazu, sich "ohne jeden Vorbehalt einzugliedern in die nationalsozialistische Bewegung."(4)

Ähnlich der Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen: "Der CV bekennt sich zur nationalsozialistischen Revolution als dem großen geistigen Umbruch unserer Zeit. Der CV will und muß Träger und Kündler der Idee des Dritten Reiches sein (...) und deswegen wird der CV im Geiste des Nationalsozialismus geleitet werden (...). Nur der nationalsozialistische Staat, der machtvoll aus der Revolution herauswächst, kann uns die Wiederverchristlichung unserer Kultur bringen"(5).

Die einzigen wirklichen Konflikte, die die deutschen Faschisten mit den Verbindungsstudenten hatten, drehten sich um die Führungsrolle im rechten Lager. Die Herrschaftsstruktur des Faschismus konnte keine Organisation dulden, die sich nicht vollständig in die Hierarchie einordnen ließ. Dem Eliteverständnis der Korporationen war es wiederum ein Greuel, dem Populismus der fa-

schistischen Bewegung auch nur dem Schein nach nachzugeben. Aber trotz allem liegen die eigentlichen Differenzen eben nicht bei den Inhalten, sondern eher in den Ausdrucksformen, Straßenterror a la SA war nichts für die zukünftige Aristokratie. Es ist außerdem auch anzunehmen, daß die sich freiwillig aufgelöst habenden Korporationen ihre Tätigkeit, von der Obrigkeit geduldet, zumindest im privaten Bereich fortsetzen konnten.

#### Nach 1945

Um keinen Zweifel über den Charakter der Korporationen nach dem 2. Weltkrieg aufkommen zu lassen, sei gesagt, daß die Korporationen auch nach 1945 sich keineswegs darauf beschränkten, "Seilschaften" zu gründen, sondern ihre antidemokratische Tradition vollständig fortsetzten. In Marburg ist es z.B. allgemein bekannt, daß die Gründung des Hochschulverbandes der "Republikaner" (RHV) in Marburg maßgeblich durch Korporierte vollzogen wurde. Zwar ist das Verbot der Mitgliedschaft von Menschen jüdischen Glaubens in den Korporationen nach 1945 aufgehoben worden, dennoch werden antisemitische Äußerungen nicht nur unter der Hand getätigt. Im Hinblick auf den Fall eines Hochschullehrers, der 1925 vor der Wahl Hindenburgs gewarnt hatte und durch den Druck, unter anderem der Korporationen, die Hochschule verlassen mußte, sagt eine offizielle Selbstdarstellung (Geschichte des Corps Hassia Gießen zu Mainz): "Ein fragwürdiger semitischer Privatdozent an der Technischen Hochschule hatte den Reichspräsidenten in



Bücherverbrennung beim Wartburgfest

übler Weise angegriffen und sich hierbei sowie in anderen Publikationen, auch in der deutsch-feindlichen Auslandspresse, auf unwahre Behauptungen gestützt."(6)

Auch heute noch stellen die Korporationen einen Teil der äußersten Rechten dar, sind somit nicht als traditionalistische "Spinner" abzutun.

Bis zum Ende der 60er Jahre funktionierte sowohl das Seilschaftenprinzip als auch die maßgebliche Einflußnahme auf die studentische Politik im Hochschulbereich völlig reibungslos.

Der Beginn der 68er Bewegung war für den Korporatismus allerdings eine Art Erdbeben, aus der studentischen Politik zog man sich gänzlich zurück, und die Mitgliederzahlen sanken beträchtlich.

Diese Entwicklung konnte mit der konservativen Wende Anfang der 80er Jahre aufgefangen und umgekehrt werden. Etwa seit 1987 treten studentische Verbindungen wieder in der Öffentlichkeit auf und setzen sich verstärkt in der politischen Diskussion in Szene. Der Zusammenbruch der DDR 1989/90 bedeutete für sie die Erfüllung eines zentralen Ziels. Jetzt werden im von ihnen so genannten "Mitteldeutschland" verstärkt Verbindungen neu aufgebaut. Die Korporationen treten für eine Revision der bestehenden Grenzen zu Polen, für den Anschluß Österreichs und für eine Einverlebung des italienischen Südtirols ein.

Man sollte die Tatsache, daß diese Forderungen, die sonst nur von neofaschistischen Kreisen erhoben werden, auch von den Korporationen aufgestellt werden, nicht unterschätzen - sind doch in diesen Verbindungen wichtige Teile der jetzigen ("Alte Herren") und zukünftigen herrschenden Kreise dieser Gesellschaft organisiert.

Im Hochschulbereich kämpfen Korporierte wieder für eine Ausgrenzung kritischer Wissenschaft. Das heißt z.B., daß gegen "diesen Haufen catilinarischer (Catilina: verarmter römischer Verschwörer, d.V.) Existenzen, zu-

sammengewürfelt aus grünen Zivilisationsdeserteuren, begüterten Erben der SED-Diktatur, verqueren Theologen, eifernden Sexistinnen und einem erklecklichen Teil des äußersten Sozialdemokratismus" eine Gegenkraft zu formieren sei.(7)

Wir sehen, daß der Korporatismus nicht eine einfache Spielart der extremen Rechten darstellt, sondern einen eigenständigen Charakter hat.

#### **Fazit:**

Nicht alle Korporationen sind in gleichem Maß undemokratisch.

Wir hatten schon vermerkt, daß die Burschenschaften zumindest zum Teil auf eine fortschrittliche Geschichte zurückblicken können. Auch wäre es nicht zutreffend, die katholischen Verbindungen des gleichen rigorosen Antisemitismus zu bezichtigen, wie er bei den übrigen durchgängig vorhanden war. Zwar mag es noch weitere Beispiele hierfür geben, aber alle Korporationen tragen eine Mitverantwortung an undemokratischen Entwicklungen.

Heute sind alle - bis auf die katholischen Verbindungen - im "Convent Deutscher Korporationsverbände" (CDK) zusammengeschlossen. Hier bestände zumindest theoretisch die Möglichkeit der Kritik oder des Austritts. Auf oberster Ebene ist allerdings festgelegt, daß alle Korporationen einheitlich hochschulpolitisch auftreten sollen ("Bonner Papier" von 1980).

Auch ist die Mitgliedschaft von Frauen auch heute noch bei den meisten Verbindungen - abgesehen von einigen Sängler- und Turnerschaften - nicht möglich.

Wer sich an Aktivitäten gegen die Feierlichkeiten zur 175-Jahr-Feier des Wartburgfestes 1992 beteiligen will, kann sich informieren bei:

**Geschichtswerkstatt Marburg**

**Liebigstr. 46**

**3550 Marburg**

**Tel.: 06421/13107**

**(Karsten Schneider)**

#### **Anmerkungen:**

(1) So der ehemalige hessische Finanzminister Manfred Kanther in der Oberhessischen Presse (Marburg) vom 28.5.1990, S. 5

(2) Zitiert nach "Neue Burschenschaftler-Herrlichkeit? Geschichte und Gegenwart der Marburger Korporationen", hrsg. vom AStA Marburg, Fachschaftsreferat u. Juso-HSG, Marburg 1990, S. 5

(3) Zitiert nach: Arbeitsgemeinschaft Wartburg '92 "Zur Geschichte des Korporationswesens", Teil 1: Von den Anfängen bis zur Zeit des Faschismus, April 1991

(4) Ebda.

(5) Zitiert nach: Reinhard Kühnl "Der deutsche Faschismus" in Quellen und Dokumenten", Köln 1977, S. 217 f.

(6) zitiert nach: "Arbeitsgemeinschaft Wartburg '92", a.a.O.

(7) H.U. Kopp, zitiert nach: D. Heither, M. Lemling, Tradition und Aktualität des Korporatismus, in: Forum Wissenschaft 1/91, S. 60.

## ANKLAGE: M O R D DIE SONDERBAREN WEGE EINES KZ-LAGERKOMMANDANTEN UND AUSCHWITZMÖRDERS

Exklusivbericht von Manfred TIETZ über den Duisburger "Auschwitz-Prozeß".

Während in der Ex-DDR nur wegen der äußerst breiten internationalen Proteste eine weitere "Entsorgung" der deutschen Geschichte, nämlich die Bebauung von Stätten ehemaliger Konzentrationslager wie Ravensbrück und Sachsenhausen mit "Supermärkten" oder "Finanzämtern" nur mit Mühe und vorläufig verhindert werden konnte - die nächsten Versuche sind sicherlich schon geplant -, findet in Duisburg (alte BRD) einer der letzten Prozesse gegen einen ehemaligen KZ-Lagerkommandanten, den Auschwitz-Mörder Heinrich KÜHNEMANN, statt. Manfred Tietz aus Duisburg stellte uns den folgenden Exklusivbericht zur Verfügung.

Mittwoch, 17. Juli 1991.

Landgericht Duisburg, Schwurgerichtssaal 201.

Seit Anfang Mai läuft hier das Verfahren gegen Heinrich Kühnemann, der sog. Duisburger "Auschwitz-Prozeß".

Das Schlußwort am heutigen Verhandlungstag hat der Zeuge Stanley Golwin aus Toronto/Kanada, 73 Jahre alt:

"Ich bin hier als Zeuge geladen, um gegen SS-Unterscharführer Kühnemann auszusagen. Aber ich bin hierhergekommen, um dem deutschen Volk zu sagen, was damals geschehen ist in Auschwitz zwischen 1942 und 1945..."

Zuvor bat Stanley Golwin vergeblich, noch ein Gebet sprechen zu dürfen - "für all die Zegen, die nicht hier sein können."

Am Ende von zwei Verhandlungstagen wirkt S. Golwin verbittert. Er soll sich erinnern an Vorfälle, die fast 50 Jahre zurückliegen. Heinrich Kühnemann soll Ende 1942 im "Effektenlager" einen holländischen Juden mit seinem Stock totgeprügelt haben. Auch Stanley Golwin wurde von dem Angeklagten so brutal geschlagen, daß "die Zeichen noch heute zu sehen sind".

Doch das sei Normalität im Lager Auschwitz gewesen:

"Jede Minute und jede Sekunde gab es solche Vorfälle. Ich kann nicht verstehen, daß das Gericht soviel Aufhebens vom Tod eines Holländers macht, wenn sovielen Millionen durch den Kamin gingen (...)

Auschwitz, das war eine andere Welt (...)  
Ich sehe Birkenau, die Krematorien (...),  
ich sehe das Feuer, das Tag und Nacht

brannte, und ich glaubte, die Welt müsse untergehen (...) Mein Ziel war, ein Stück Brot zu essen und dann zu sterben, und nicht zu sehen, ob Hans (d.i. Heinrich-Johannes Kühnemann, d.V.) vorher oder nachher geschlagen hat (...) Wir wurden durch so viele Leute geschlagen (...) Und damals hätte ich nicht geglaubt, fünfzig Jahre später vor einem deutschen Gericht zu sitzen und über Auschwitz berichten zu müssen..."

Stanley Golwin arbeitete "damals" - Ende 1942/Anfang 1943 in einer etwa 100köpfigen Kolonne jüdischer Arbeitsklaven im Aufräumungskommando des Stammlagers Auschwitz. Hier wurden aus LKWs, die von der Rampe und den Krematorien kamen, die Koffer der neuangekommenen Häftlinge heruntergekippt, ausgepackt und nach Inhalt sortiert. Für zahlreiche jüdische Häftlinge, auch für S. Golwin, ein "Traumjob"; denn in den Koffern fand sich auch Eßbares. Trotz strikten Verbots "schon Kaubewegungen waren gefährlich" - nahmen sich die Arbeitshäftlinge gelegentlich Lebensmittel, immer in der Gefahr, von "Hans" und "Otto" brutal zusammengeschlagen zu werden. "Wie wir wissen", sagt S. Golwin heute, "kann Hunger stärker als Eisen sein."

Als "sadistisch, wie Tiere, unmenschlich, Verbrecher" hat der Zeuge die SS-Leute in Erinnerung.

Doch das Gericht will "keine Wertung, sondern Tatsachen".

Wie aber soll der damals 24jährige Auschwitzhäftling S. Golwin heute - fast fünfzig Jahre danach - genaue Tatsachen nachzeichnen, angesichts des damaligen

alltäglichen Massensterbens und Überlebenskampfes in der Todesfabrik Auschwitz? Ob der Mord an einem niederländischen Juden morgens oder nachmittags geschah?

Das Aufräumungskommando war nur eine relativ kurze Station auf dem Leidensweg des Stanley (früher: Stanislaus) Golwin, der 1918 in Kielce/Polen geboren wurde.

Nach dem deutschen Überfall auf Polen folgten Zwangsarbeit, Gestapohaft, Transport in Viehwaggons nach Auschwitz, im Juni 1942 Einweisung ins Stammlager I, Barackenbau in Birkenau, "Graskommando" im Hauptlager, eingesperrt in Block 11, dem "Todesblock", in einer Bunkerzelle, "2 mal 2 Meter groß", dann DAW-Kommando: Bauleitung ("Ziegelsteine schleppen im Laufschrift"), Aufräumungskommando in Tagschicht (...) Der Liquidation dieses Sonderkommandos in den Krematorien von Birkenau entging er (Januar 1943).

Dann "Maurerschule", Block 4, Baubrigade im "Zigeunerlager" Birkenau (...), schließlich die Flucht auf einem Evakuierungstransport.

"Drei Jahre Auschwitz", sagt er heute, "das ist eine lange Geschichte". Nach zwei, drei Monaten in der Todesfabrik galt man/frau schon als "alter Häftling".  
Genauere Daten und Fakten allerdings konnte dem Duisburger Schwurgericht zu Prozeßbeginn Golwins Mithäftling Rudolf Vreba (früher Walter Rosenberg) liefern. Er hatte direkt nach seiner Flucht aus Auschwitz mit seinem Leidensgenossen Alfred Wetzler (7.4.1944) eine 50seitige Dokumentation verfaßt, die international bekannt wurde und das öffentliche Weltinteresse auf den Holocaust gelenkt hatte. Der Report beruhte auf zahlreichen Materialien und Notizzetteln, die die beiden Flüchtlinge mit Hilfe der Widerstandsorganisation im Lager aus Auschwitz her-



*Ché Coolala*

# Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1  
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

## Impressum

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle 2 Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch  
Oerweg 28

4350 Recklinghausen  
Tel.: 02361/26 345

Redaktionsanschrift:  
Antifa-Zentrum

Herner Str. 43  
4350 Recklinghausen

Tel.: 02361/2 16 86

Redaktionssitzung:  
Mittwoch, 19.00-21.00 Uhr

Bankverbindung:  
Stadtsparkasse Recklingh.

BLZ 426 500 30

Kto.Nr.: 1 000 229 38

Auflage: 1000

Druck: Verlag "Neuer Weg"

Mitgewirkt haben: Wolfgang E., Karsten Sch., Thorsten Th., Eckhardt Di., Ingrid, Falko, Michael T., Hermann B., Thea A. Str., Wolfgang T., Petra O., Christian K., Klaus D.



ausgeschmuggelt hatten.

Professor Vreba ist auch international als zuverlässiger, glaubwürdiger

Auschwitz-Zeuge angesehen. Seine Erlebnisse sind in zahlreichen Büchern und Zeugnissen festgehalten: zum Beispiel in Hermann Langbeins Auschwitz-Dokumentationen, in Claude Lanzmanns "SHOA" oder in Vreba/Rudolf/Bestic, Alan: Ich kann nicht vergeben, München 1964.

Rudolf Vreba (geb. 1924) ist es auch zu verdanken, daß der ehemalige SS-Unterscharführer H. Kühnemann heute auf der Anklagebank in Duisburg sitzt. Er erkannte ihn 1989 beim Siegener Prozeß - in der Gerichtskantine (!). In der Tat ist die Ähnlichkeit des heute 73jährigen Rentners Kühnemann mit den Abbildungen, die ihn als jungen SS-Mann im Lager Auschwitz zeigen, verblüffend. Von allen Zeugen wurde er bisher problemlos identifiziert.

Bis zum Siegener Prozeß (gegen E.A. König, Blockführer im "Zigeunerlager" Auschwitz-Birkenau) konnte der ehemalige SS-Mann Heinrich-Johannes ("Hans") Kühnemann ungeschoren durch das Netz der deutschen Nachkriegsjustiz schlüpfen. Dabei ist seit Kriegsende aus Archiven bekannt, daß er zur SS-Bewachungsmannschaft des KZ Auschwitz gehört hat. Zwischen 1942 und Ende 1944 tat er seinen mörderischen Dienst nicht nur in der Effektenkammer der Todesfabrik, sondern monatelang auch auf der "alten Rampe" von Auschwitz I und in Birkenau.

Die Ermittlungen heute sind - nach so vielen Jahren schwierig. Die jüdischen Zeugen, sehr alte Menschen, mußten in USA, Kanada und Israel befragt werden. Namensverwechslungen waren nicht auszuschließen. Doch konnte die Staatsanwaltschaft konkrete Taten ermitteln.

Die **Anklageschrift vom 13. September 1990** wirft H.J. Kühnemann nicht nur **"Beihilfe zur organisierten Ermordung jüdischer Menschen"** in mindestens 100 Fällen vor: sie beschuldigt ihn, **fünf Morde begangen zu haben** - "aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch und grausam". Zu seinen Opfern, die er aus persönlicher Willkür ins Gas geschickt haben soll, zählen ein Säugling und ein älterer Jude, Chaim M.

In der Verhandlung vom 2./3. Juli 91 berichtet der frühere Auschwitzhäftling Michael Vogel, heute Indianapolis/USA, wie H.J. Kühnemann nach Ankunft eines Transports an der Rampe ein fünfjähriges Kind mit seinen Stiefelspitzen zusammen-

getreten habe. Der Zeuge, damals Mitglied des Canada-Kommandos, habe auf Befehl des SS-Mannes ("Schaff das jüdische Schwein weg!") den leblosen Körper des Jungen in die Reihen der Häftlingskolonne legen müssen. Bei seiner Mordtat habe der SS-Unterscharführer wie so oft ein Liedchen gepfiffen.

Bei der Zeugenaussage am 9./10. Juli wird H.J. Kühnemann ein weiterer Mord angelastet, der noch nicht Gegenstand der Anklage ist: ein jüdisches Kind habe er gegen einen Telegraphenmast geschleudert und getötet. Der Angeklagte und sein SS-Kumpen Otto Graf seien die "ekelhaftesten Menschen" gewesen, die er je gekannt habe.

Beide SS-Männer, von allen Zeugen als brutale Schläger gekennzeichnet, hatten einen Hang zur Pose. So habe sich Otto Graf, der sich als Schauspieltalent gebärdete, immer "toll gefühlt", wenn er seine Opfer getreten und geschlagen habe. Den Arbeitskommandos der Juden habe er sich vorgestellt:

"Ich bin der Graf, und das ist der König".

Daher kennen die meisten Zeugen H.J. Kühnemann als "König". Seinen richtigen Namen hatten sie im Lager nicht erfahren. Zahlreiche Zeugen erinnern sich an ihn als "Kuchenmann" oder vor allem als "Opernmann". Er habe gerne Kuchen gegessen, und wenn der SS-Unterscharführer guter Laune gewesen sei, habe er gesungen und gepfiffen, oder er ließ jüdische Häftlinge vorsingen.

Der "Opernmann", der an der Rampe in Auschwitz "selektionierte", machte nach dem Krieg eine Karriere als Opernsänger. Heute noch ist er in Oberhausen als früherer Solist und Chorsänger bekannt. Mehr als 20 Jahre lang war er dort aktiv im Theaterchor und in der Bühnengenossenschaft. Als Gastsänger trat er u.a. in Darmstadt und Bayreuth (!) auf. Und auch als Gewerkschaftsmann stand H.J. Kühnemann im Rampenlicht. In Oberhausen galt er als konsequenter Gewerkschafter und war zeitweilig Mitglied des dortigen DGB-Kreisvorstandes.

Diese Tatsachen allein würden in einem anderen Land recht wunderbar klingen, doch hier gehören sie zur Normalität der deutschen Geschichte, zumal der Nachkriegsgeschichte. Nichts Außergewöhnliches war die Liebe deutscher SS-Leute zur Musik (das Mädchenorchester von Auschwitz zum Beispiel!). Eine ebenso bekannte Tatsache, wissenschaftlich nach-

gewiesen, sind die bürgerlichen Karrieren ehemaliger Nazis in Staat und Gewerkschaft.

"Normal" verliefen auch H.J. Kühnemanns Kindheit und Jugend.

Der Sohn katholischer Eltern diente der Kirche als Meßdiener. Später diente er seinem "Führer", an den er glaubte, als Hitlerjunge und SS-Mann. Zum Dienst in der SS hatte er sich freiwillig gemeldet.

Doch, so berichtet der Angeklagte vor dem Duisburger Schwurgericht, er sei "nur mitmarschiert". Ähnliche Worte finden sich in der Erinnerung von Millionen Deutschen wieder, besonders in der Zeit der Fragebögen und Persilscheine. Nachzulesen in den Karteikästen der Duisburger "Entnazifizierungsakten", die heute im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv lagern.

Kühnemanns "normaler Tagesablauf" in Auschwitz? Er habe "kontrolliert, wie andere SS-Leute auch". Bei seinem Kontroll-"Dienst" habe er lange Zeit nicht gemerkt, wohin all die vielen Menschen in Auschwitz gegangen seien. Schließlich hätten seine SS-Kameraden den Ahnungslosen aufgeklärt: "Riechst Du denn nichts? Die werden verbrannt!"



**DER ARZT (rechts) und der Angeklagte Heinrich Kühnemann bei der Ankunft im Gerichtsgebäude.**

Blind muß er gewesen sein. Der Mann, der an der Rampe in Auschwitz tätig war und dem die Effektenkammer zeitweilig unterstand, sagt heute vor Gericht: "Ausziehen mußte sich keiner". In der Effektenkammer wurden die Kleider der Ermordeten desinfiziert, sortiert und nach Wert-sachen abgesehen von einem Frauen-Canada-Kommando. Die Frauen, so erinnert sich der Zeuge Stanley Golwin, wurden

"Rotkäppchen" genannt wegen der roten Kopftücher, die sie trugen.

Auch etwas begriffsstutzig muß der damals 24/25jährige H. Kühnemann gewesen sein. Die NS-Ideologie, das Wort "minderwertiger" Mensch, sein ihm fremd gewesen: "Ich dachte, das sind alles Verbrecher. Erst später hörte ich, daß es um eine Rasse ging." Er schildert dann dem Gericht seine Zweifel, seine Fluchtgedanken, seine Meckereien im Kameradenkreis. Schließlich habe ihm unerlaubtes Entfernen von der Truppe Straftat im SS-Bunker und Strafarbeit in einem Häftlingskommando eingebracht.

Zur Normalität gehört es heute, wenn der Angeklagte drei Rechtsanwälte zu seiner Seite hat, darunter zwei Pflichtverteidiger aus Frankfurt, sog. "Auschwitz-Experten". Sie nehmen den Zeugen S. Golwin ins Kreuzverhör, halten ihm seine Aussagen in früheren Auschwitz-Verfahren vor, zitieren gar aus seiner Wiedergutmachungssache, versuchen, ihn in Widersprüche zu verwickeln, ihm Namensverwechslung und Absprache mit anderen Zeugen zu unterstellen.

Zu Beginn des Prozesses erklärten die Rechtsanwälte die Zusammensetzung des Gerichts für "manipuliert", sprachen von einem speziell für diesen Fall zusammengestellten "Sondergericht". Im Zusammenhang wirkt dieser Vorwurf zumindest befremdlich. "Sonderbehandlung" gab es in Auschwitz, und Sondergerichte gab es im Duisburger Schwurgerichtssaal zuletzt in der Nazizeit. Sie fällten auch Todesurteile, verurteilten in Massenprozessen hunderte von Duisburger NazigegnerInnen zu hohen Freiheitsstrafen.

In Freiheit dagegen lebt der Angeklagte H.J. Kühnemann. Es bestehe, so das Gericht, "keine Fluchtgefahr". Der Rentner blickt auf ein angenehmes, recht freies Leben zurück. Seine Opfer dagegen leiden heute noch unter den Alpträumen der Verfolgungen. Michael Vogel in seiner Aussage am 2. Juli:

"Ich habe heute noch panische Angst vor Wasser. Mit meinen vier Kindern kann ich zum Beispiel nicht zum Strand gehen".

Der Angeklagte hatte ihn in ein Strafkommando geschickt, wo die Häftlinge im Wasser stehend arbeiten mußten und einige von ihnen ertränkt wurden.

Zur Normalität dieses Prozesses gehört es heute, daß sich der Angeklagte und die Zeugen, Täter und Opfer von einst, auf dem Gerichtsflur begegnen. Es kommt zu Wortwechseln. Der Angeklagte, stereo-

typ, immer recht freundlich: "Ich kenne Sie nicht!".

Die WAZ und die NRZ erinnern in diesen Julitagen an den spektakulären Kroll-Prozeß, der im selben Duisburger Schwurgerichtssaal 201 stattgefunden hat. Der Kindermörder wurde Anfang Juli tot in seiner Zelle aufgefunden. Und genau vor 15 Jahren wurde er gefaßt. Aufgeregte Bürger drohten mit Lynchjustiz. Der Saal 201 war während der Prozeßtage ständig bewacht, auf den Dächern der Umgebung lagerten Scharfschützen. Anwohner mußten ihre Häuser räumen, Wälder wurden bei Ortsterminen abgesperrt. Fast täglich berichtete die Tagespresse mit großen Aufmachern.

Was zählt ein Massenmörder aus Auschwitz gegen den Kindermörder Joachim Kroll? Beim Auschwitz-Prozeß in Duisburg ist keine Polizei weit und breit, auch keine Emotion. SchülerInnen, die an den Dienstagverhandlungen mit ihren Lehrern kommen, finden die meisten Fragen "unnützig", die Prozeßführung durch Hans-Ge-

org Eckert "langweilig". Nur selten ist gespannte Ruhe im Gerichtssaal, in der Regel ist ständiges Kommen und Gehen.

Ist die geringe Öffentlichkeit gewollt? Oder ein erster Erfolg der international geführten "Revisionismus"-Kampagne? Ein Erfolg der Holocaust-Leugner, die das deutsche Volk vom Schuldkomplex Auschwitz zu befreien suchen: Nach Fred A. Leuchters "Report" - Robert Faurisson: "Es gab keine Gaskammern", - Thies Christophersons "Die Auschwitz-Lüge" oder Richard Verall: "Did Six Millions Really Die?"...?

So wäre das Anliegen Rudolf Vrba oder Stanley Golwins, vielleicht ein letztes Mal in der Öffentlichkeit Zeugnis abzulegen von dem, was in Auschwitz geschah -, vergebliche Mühe? Die fast allgemeine Gleichgültigkeit schmerzt in der Tat. Es erschreckt die Aussicht, daß Auschwitz wieder zur Normalität wird.

(Manfred Tietz, 17.7.91)

## ANZEIGE

# „Bücherladen“

unsere Themen von  
A-Z:

Ausländer  
Biologisches Bauen  
Chemie in Lebensmitteln  
Dritte Welt  
Entwicklungspolitik  
Faschismus  
Geschichte  
Heilkräuter  
Indianer  
Kriegsgefahr  
Liebe  
Medien

Neonazismus  
Ökologie  
Politik  
Reisen  
Sanfte Energien  
Trampen  
Umweltschutz  
Vollwerternährung  
Waldsterben  
Yoga  
Zukunft

... und

- jede Menge Kinder- und Jugendbücher
- Frauen- und Männerliteratur
- Zeitschriften
- Plakate
- Postkarten
- Umweltschutzpapier

Wir bestellen jedes lieferbare Buch in 2-3 Tagen !!!

Goethestr. 4  
4370 Marl  
02365/66 803

Schaut mal rein!

# (M)EIN SONNTAG IM KZ WESTERBROCK

## Ein antifaschistischer "Ausflug"

Es ist 8.00 Uhr Sonntag morgen am 21.4.1991. Der Wecker rappelt, und ich bemühe mich nur langsam zur Störstelle. Diese erreicht, drücke ich die "Aus-taste". Im Bad angekommen, stelle ich mir die Frage, was ich heute sehen werde. Werde ich Haufen von Schuhen, von Brillengestellen, von Kleidern und persönlichen Gegenständen sehen, die die Nazis den inhaftierten Juden vor ihrem letzten "Durchgang" abgenommen haben, wie es in verschiedenen anderen KZ zu sehen ist? Ich weiß es nicht. Noch nicht! Als ich auf das Thermometer sehe, entschließe ich mich, doch etwas wärmere Sachen anzuziehen. Schließlich breche ich zum Info Zentrum Dritte Welt auf, von wo aus die Fahrt starten soll. Zu meinem Erstaunen und auch etwas mit Unverständnis muß ich feststellen, daß nur wenig junge Leute an dieser Fahrt teilnehmen, dafür aber viele ältere, mit uns fahren auch zwei Menschen, die die Repressalien der NS-Diktatur am eigenen Leib kennengelernt haben. Westerbrock liegt in Holland, westlich von Emmen und südlich von Assen. Zu Beginn unserer Fahrt wünscht uns Karl Heinz, unser Busfahrer, "einen angenehmen Aufenthalt".

Auf der Fahrt dorthin halten einige Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) ein Referat zum Thema der Judenverfolgung und Judenversteckung in den Niederlanden in den NS-Jahren.

Am 10. Mai 1940 wurden die Niederlande Opfer der Politik des Säbels der Nazis: sie wurden besetzt. Die königliche Familie floh nach London und gründete dort eine Exilregierung. In den Niederlanden selbst gab es nur eine relativ kleine nationalsozialistische Bewegung (NSB hatte 8% der Stimmen). Deren Hauptinteresse lag nicht sehr auf ideologischem Gebiet, sie machte mehr

durch Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung und die emigrierten Juden aus Deutschland auf sich aufmerksam. Die emigrierten Juden und andere Verfolgte des Naziregimes aus Deutschland und anderen europäischen Ländern wurden in den Niederlanden zu einem Problem. Dadurch, daß so viele Menschen in den Vorkriegsjahren und noch während des Krieges Zuflucht vor den nationalsozialistischen Eskalationen in den Niederlanden suchten, war der holländische Staat nicht mehr fähig, die Emigranten ordentlich unterzubringen. Im Vertrauen auf die Neutralität der Niederlande gründete die Regierung 1939 das Flüchtlingslager Westerbrock, um eine Wohnmöglichkeit für die immer größer werdende Zahl der Emigranten zu schaffen. Am 10. Mai 1940, dem Tag des deutschen Einmarsches in die Niederlande, waren 750 Insassen in dem Lager, welches den Deutschen wie ein "goldener Apfel" in den Schoß gefallen sein muß.

Die Nazis nutzten das Lager, um niederländische und deutsche Juden dort zu konzentrieren und dann weiterzuschicken nach Bergen-Belsen, Theresienstadt, Sobibor, vor allem aber Auschwitz. Der erste Transport zu einem der sogenannten Tötungs-KZs fand am 15. Juli 1942 statt, der letzte verließ am 13. September 1944 Westerbrock. Westerbrock war also kein "normales" KZ wie zum Beispiel Auschwitz, wo Menschen nur zum Sterben hinkamen.



Westerbrock war ein Arbeits- und Durchgangslager.

Damit endete das Referat.

In Westerbrock angekommen, gingen wir in das "**herinneringscentrum kamp westerbrock**" (Erinnerungszentrum des Lagers Westerbrock), in dem wir dann einen Film sahen; dieser wich jedoch so ganz von meiner Vorstellung von KZ-Filmen ab. Es werden nicht Menschen gezeigt, die unter der Last ihrer Arbeit jeden Moment zusammenzubrechen drohen, sondern fröhlich arbeitende, junge wie alte Menschen, die gemeinsam an einem Werk arbeiten, eben der Fertigstellung und Erweiterung des Lagers. So wurde der Bau eines Gewächshauses gezeigt; die Menschen machten auf mich den Eindruck von motiviert Arbeitenden.

Dieser Film **sollte** zeigen, daß die Nazis keine jüdenverachtenden Bestien waren, sondern Menschen, die einer unterdrückten ethnischen Minderheit Zuflucht vor den "meuternden Volksmassen" ("Reichskristallnacht" vom 9. November 1939, etc.) gewährten. Daß dieser Film eine totale Verzerrung der Realität wiedergab, dürfte einleuchtend sein, d.h., dieser Film wurde nur produziert, um die Bevölkerung zu beruhigen und allen möglichen Gerüchten gegen die Deportationen vorzubeugen.

Somit scheint mir die Motiviertheit, mit der die Menschen im Film ihre Arbeit verrichten, nur gespielt, denn man

glaubte, wenn man nicht zur Zufriedenheit der Nazis arbeitete, bedeute dies die Deportation nach Polen.

Dieser Film, der 1943 gedreht wurde, kam unter den Nazis nicht zur Vollendung.

Viele der Juden kamen sogar freiwillig, weil ihnen die Nazipropaganda einblaute, daß es besser sei, wenn sich die Juden in spezielle Lager zurückzögen, da mit vermehrt antisemitischen Aktionen gegen sie zu rechnen sei..

Das **System der Täuschung** ging sogar so weit, daß selbst die Juden, die nicht freiwillig nach Westerbrock kamen, nicht wußten, daß sie nur noch kurze Zeit zu leben hatten. Man ging davon aus, daß die, die sich ordnungsgemäß verhielten, nicht nach Polen geschickt würden. Polen galt in diesem Lager als die grausamere Version von Westerbrock, man dachte, daß man in Polen härtere Wohn- und Lebensbedingungen vorfinden würde, aber daß man mit der Fahrkarte nach Polen gleichzeitig ein Todesurteil in der Hand hatte, war nur ganz wenigen bekannt.

Es gab sogar einen jüdischen Lagerleiter; dieser war nicht deshalb Lagerleiter, weil er mit den Nazis kollaborierte, sondern weil ihm und seinen jüdischen Mitarbeitern gesagt wurde, sie würden nach Polen gefahren, wenn sie ihre Arbeit nicht zur Zufriedenheit der Nazis ausführten.

Dem jüdischen Leiter und seinen Mitar-

Anzeige

**SONNENBLUME**  
Groß & Reuter  
SPRINGSTR. 2  
RECKLINGHAUSEN  
02361/13 927



- \* Lebensmittel aus kontrol. biologischem Anbau  
täglich frisch: Obst und Gemüse  
Brot  
Milchprodukte
- \* Naturkosmetik
- \* Linn-Naturschuhe
- \* Auro-Naturfarben

ANDERS PRODUZIEREN, ANDERS ARBEITEN, ANDERS LEBEN

Geschäftszeiten: Mo.-Do. 9-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

beitern oblag es auch, die Juden zu bestimmen, die als nächste nach Polen geschickt wurden. Dies war natürlich für diese Menschen eine enorme Belastung; zum einen wollten sie sich die Qualen in Polen ersparen, zum anderen wollte man den eigenen Mitmenschen die Qual eines "Polen-Besuchs" ersparen.

Nach diesem kleinen Diskurs mit einem Besuchs-Betreuer des Erinnerungszentrums fahren wir zum ehemaligen KZ. Das Erinnerungszentrum liegt etwa 2 Kilometer von dem ehemaligen KZ entfernt in einer riesigen Waldschneise.

Zu meiner Enttäuschung muß ich feststellen, daß von dem ehemaligen KZ nichts mehr zu sehen ist.

Das einzige, was noch an die Existenz des KZ erinnert, ist die außergewöhnliche Anordnung der Bäume auf der Freifläche. Annähernd jede Baracke im KZ war umgeben mit einem Ring von Bäumen, ihre Stellung verrät noch die Standorte der Häuser.

Ansonsten steht dort nichts mehr so, wie es vor gut fünfzig Jahren stand. Nur wenig erinnert daran, daß von hier aus 100 000 Juden deportiert wurden, von denen nur 5 000 die Nazis überlebten, daß in dem vorletzten Zug, der aus Westerbrock abfuhr, **Anne Frank** saß und ihrem Tod entgegensah.

Am 12. April wurde das Lager durch kanadische Truppen befreit.

Mitten durch das Lager führte die Bahnstrecke, auf der die Juden ankamen und nach einem Aufenthalt weiter-

geleitet wurden. Heute ist die ehemalige Bahnlinie entfernt, dort liegt heute Asphalt.

Am Ende des Lagers steht ein Denkmal, das nach einem Entwurf des belgischen Bildhauers Prinz aus Teilen des ehemaligen KZ errichtet wurde. Prinz war ebenfalls als Inhaftierter in Westerbrock.

Das Lager ist **bis 1970 noch weiter benutzt worden**. Bis 1955 wurde das Lager als Internierungslager für NSB-Mitglieder und andere "Falschdenkende" erhalten, 1959 kamen molukkesische Soldaten ins Lager, die niederländische Papiere besaßen. Es handelte sich dabei um Soldaten, denen nach Auflösung der Kolonien gestattet wurde, in die Niederlande zu kommen.

Da man aber nicht mit einer so großen Zahl von Einwanderern gerechnet hatte, **brachte man sie ins ehemalige KZ**, was meiner Meinung nach ein Zynismus ist.

Später wurde das Lager als Schießplatz der niederländischen Truppen benutzt und schließlich abgerissen.

Damit war dann auch die **Führung durch das ehemalige KZ** beendet.

Abschließend bleibt zu sagen, daß so etwas wie Nazi-Deutschland nie wieder passieren darf. Kein Land der Erde darf sich mehr anmaßen, über eine ethnische Minderheit zu richten wie über Straftäter.

## ABONNIERT DIE ANTIFAZ

Die ANTIFAZ ist eine unabhängige Zeitschrift, von und für AntifaschistInnen. Sie erscheint sechsmal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Jahresabo .....24,- DM  
Förderabo .....30,- DM

### Bestellung:

- durch Überweisung der Abogebühr auf das  
Konto Nr. 1 000 229 38  
BLZ 426 500 30  
Stadtsparkasse Recklinghausen

- durch schriftliche Bestellung bei  
Wolfgang Englisch  
Oerweg 28  
4350 Recklinghausen

Hiermit abonniere ich  
die Zeitschrift  
ANTIFAZ bis auf Wider-  
ruf.

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Anzeigenpreisliste:

1/2 Seite .....80,-DM

1/3 Seite .....60,-DM

1/4 Seite .....50,-DM

## DIE HOOLIGANS IN LINZ

Das Wort "Hooligans", eine Begrifflichkeit aus dem Englischen, wie auch die Wurzeln dieser Bewegung in Großbritannien liegen, bedeutet Schurken.

Diese Jugendkultur fand ihren Ursprung in Großbritannien und entwickelte sich über die BRD, Niederlande und Italien bis nach Österreich, wo sie vorerst nur in Wien, in Form der Austria und Rapid-Hools Fuß fassen konnte.

In Wien wurden erstmals 1979 sogenannte Streetworker, das sind mobile Sozialarbeiter, angestellt, um mit Fußballfans zu arbeiten. Das Outfit der Fans gestaltete sich zu diesem Zeitpunkt noch sehr auffällig. Sie trugen lange Schals, die aufgrund der Farben die Vereinszugehörigkeit signalisieren sollten, Sportleibchen und Jeans. Die Fußballfans waren und sind von weitem erkennbar. Sie waren meist über einen angemeldeten Verein organisiert und interessierten sich für Fußball und dessen Umfeld, wie Spieler, Vereinsgeschichte, etc. Diese Fans, wie sie sich betitelten, existieren immer noch und versuchen inzwischen, sich von den Hooligans und deren Handlungen abzugrenzen.

Seit Herbst 89 schlugen die Hooligans auch in Linz Randalen. Zu diesem Zeitpunkt besaßen sie noch keine Öffentlichkeit. Ihre Aktivitäten blieben innerhalb der Jugendgruppen, d.h., die Schlächten wurden zwischen VOEST und LASK-Hooligans ausgetragen. Die Gesellschaft reagierte mit Abschwächung des Problems und argumentierte mit der klassischen Sturm- und Drangphase von Jugendlichen. Die Presse interessierte sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht für das Thema Hooligans. Auch Institutionen wie Polizei, Schulen, Bewährungshilfe, etc. wurden mit diesem Problem der Jugendbanden und im speziellen der Hooligans nicht konfrontiert; es gab auch kaum Anlaß für die Polizei, bei Schlägereien zwischen LASK und VOEST-Hooligans einzuschreiten, da diese mit ihren Gewalttaten unter sich blieben, auch gab es keine oder wenig kriminelle Jugendliche, die den Hooligans zuzuordnen wären, und in den Schulen wurde das Phänomen Hooligans als neuer Modetrend abgetan.

Im Februar 90 nahm die Presse, im Konkreten die Linzer Rundschau, dieses Thema auf. Ein Vater, dessen Sohn die Turnschuhe zerschnitten wurden, rief bei der Redaktion an, um eigentlich Stimmung gegen ein Jugendzentrum zu machen, in dem sich turnschuhzerschneidende Jugendliche aufhalten. Damit hatten die Hooligans das erste Mal eine Öffentlichkeit mittels Medien.

Zu diesem Zeitpunkt wurde, seitens der Polizei, die Existenz der Jugendlichen bestritten: "Es wäre übertrieben, in den Hooligans eine rechtsradikale Gefahrenquelle zu sehen", meinte Hofrat Dr. Marawan von der Bundespolizeidirektion Linz. "Das sind ganz normale Randalierer, wie sie uns immer wieder zu schaffen machen." (Linzer Rundschau vom 22.2.90).

In weiterer Folge wurden der Außenkontakt durch das Absteigen der Fußballvereins LASK (Linzer ASK, d.Red.) und dem daraus resultierenden Auflösen der LASK-Hools verstärkt. Die Randalen beschränkte sich nicht nur auf diverse Fußballspiele, sondern weitete sich auf die Innenstadt aus. Es kam zu zahlreichen Körperverletzungen, die sich nicht auf Jugendliche beschränkten, sondern auch unbeteiligte Passanten trafen.

Einer der Höhepunkte dieser Entwicklung stellte sich im Mai mit der Schlacht zwischen "Hardrockern", das sind Jugendliche, welche die Musikrichtung Heavy-Metal bevorzugen, sich mit Lederjacken, Stiefeln und Nieten kleiden, und Hooligans am Hauptplatz dar, wo ca. 70 VOEST-Hooligans sich mit ca. 100 Hardrockern verabredet hatten. Das Gemetzel konnte nur durch einen Großeinsatz der Polizei und Festnahmen Jugendlicher verhindert werden.

Diese Aktion brachte den Jugendlichen breite Öffentlichkeit. Alle Tageszeitungen schrieben über diesen Zwischenfall, und die Jugendlichen hatten alle Hände voll zu tun, die Artikel zu kopieren und zu sammeln. Es wurden Podiumsdiskussionen veranstaltet, an denen zwei Drittel der Teilnehmer Hooligans waren und die Polizei die Jugendlichen nach wie vor als "normale Rowdies" hinstellte. Auch das Problem als solches habe die Polizei im Griff!

Für psychosoziale Institutionen wurde das Problem Hooligans immer klarer, es stellt ein vielschichtigeres gesellschaftliches Problem dar. Die Kriminalisierung der Jugendlichen nahm zu, so daß die Bewährungshilfe erstmals Zusammenhänge zwischen ihrer neuen Klientel und der Gruppe der Hools erkennen

konnte. Es wurden Kontakte mit anderen Institutionen und sozialen Trägern geknüpft. Bei Gericht erschienen immer mehr Jugendliche, die sogenannte Hooligans waren, und zeichneten sich durch "Tapferkeit" aus, die sich so gestaltete, daß sie immer kaltschnäuziger und "cooler" agierten.

Auch die **Linzer Hooligans** bekamen mit ihrem "**Polizistenmord**" österreichischen Bekanntheitsgrad:

**1. September 1990:** Der 18jährige Thomas Fellhofer, ein Linzer Hooligan, der schon einmal einen Türken halb totgeschlagen hatte, tötete in der Linzer Innenstadt den 33jährigen Revierinspekteur Günter Lindorfer durch einen gezielten Tritt gegen den Kopf. (profil 37/90)

Die Reaktionen seitens der Polizei waren verstärkts Vorgehen gegen die wohl nicht rechtsradikalen, aber gewalttätigen Jugendlichen. Das ging so weit, daß die Hooligans an ihren üblichen Treffpunkten nicht mehr auftauchten, da sie sonst mit Schikanen der Sicherheitskräfte zu rechnen hatten. (Fortsetzung folgt)

(aus: Antifa Reader, Juli 91, in Wien erscheinende Zeitung der Antifaschistischen Aktion)

## ANZEIGE

# Attatrol

Buchladen GmbH

- Papierwaren •
- Postkarten •
- Bücher •

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-18.30 & Sa 9-14.00

# 365 tage gegen



antifaschistischer  
**KALENDER 1991**



• Herner Str./Ecke Paulusstr. •  
• 4350 Recklinghausen •  
• Tel. 02361-17002 •